

09.05



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Wahl: Kernforderungen der Umweltverbände**  
**Stärkung des Ehrenamts: DNR-Eckpunkte**  
**Naturschutzflächen: Zukunft ungewiss**  
**Stadt-Autoverkehr: Verdeckte Kosten**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 11 (2005), Heft 09  
ISSN 1861-0048

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Deborah Bernsdorf (db)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [matthias.bauer@dnr.de](mailto:matthias.bauer@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-  
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.  
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Mehr Aufmerksamkeit für ehrenamtliches Engagement

### Liebe Leserinnen und Leser,

ab dieser Ausgabe berichtet der DNR regelmäßig über wichtige Aktivitäten im ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutz. Um den gestiegenen Stellenwert zu unterstreichen und eine bessere Übersichtlichkeit zu gewährleisten, haben wir eine eigene Rubrik „Ehrenamtliches Engagement“ eingerichtet. Die Aufnahme dieser Informationen in den Deutschland-Rundbrief bietet die Gewähr, die Themen redaktionell zu bearbeiten und anschaulich darzustellen. Wir sind auf ihre Reaktionen und Hinweise sehr gespannt.

Neben seinen drei bis vier jährlichen Sitzungen will der DNR-Arbeitskreises Ehrenamtliches Engagement wir mit diesem Informationsangebot in möglichst vielen Mitgliedsverbänden des DNR - ob auf Bundes-, Landes-, Kreis- oder Ortsebene - das Interesse am Thema Ehrenamt wecken und wachhalten. Wie notwendig hier verstärkte Anstrengungen sind, zeigt das bisher eher ernüchternde Ergebnis unserer Versuche, Ansprechpartner/innen in den einzelnen Verbänden zu finden. Auch nach mehrfacher Einladung haben sich erst wenige aus dem Kreis der Mitgliedsverbände bei uns eingefunden.

Bitte melden Sie sich! Wir bieten Ihnen in Kürze die besondere Gelegenheit, sich in einem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten gemeinsamen Projekt mit BUND und NABU zum „Freiwilligenkoordinator“ ausbilden zu lassen. Nach einer dezentral angebotenen Grundausbildung in Form von 15-stündigen Wochenendlehrgängen besteht für die Teilnehmer/innen in vier bundesweiten Aufbaulehrgängen die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung. Die zweitägigen Weiterbildungsseminare beschäftigen sich mit Organisationsentwicklung, Rechtsfragen, Öffentlichkeitsarbeit und dem Freiwilligenmanagement als Daueraufgabe.

Nach intensiver Diskussion im AK Ehrenamtliches Engagement hat das DNR-Präsidium die in dieser Ausgabe des Deutschland-Rundbriefes vorgestellten „Eckpunkte zur Stärkung des Ehrenamtlichen Engagements“ einstimmig verabschiedet. Darin finden sich viele Möglichkeiten, wie innerhalb und außerhalb der Verbände ehrenamtliche Tätigkeit gefördert werden kann.

Der gesamte Ehrenamts-Bereich krankt an strukturellen Defiziten, die es den vielen motivierten Menschen sehr schwer machen, sich auf verschiedenen Ebenen zu informieren und zu engagieren. Eines der zentralen Probleme sind die schlechten und oft fehlenden Zugangswege für Engagementwillige innerhalb und außerhalb der Organisationen - dies ergab der erste bundesdeutsche Freiwilligensurvey von 2001. Menschen über 60 sowie Frauen stellen nach den Erkenntnissen dieser Erhebung das größte Potenzial dar. Aber auch bei den unter 50-Jährigen bestehen Aktionspotenziale: Junge Paare ohne Kinder, junge Familien und Alleinerziehende haben großes Interesse am Engagement im Natur- und Umweltschutz.

Durch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 und den Bericht der Bundestags-Enquêtekommision „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002 begann auch in den Umweltverbänden eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema. Angesichts eines rückläufigen ehrenamtlichen Engagements einerseits und wachsender gesellschaftlicher Anforderungen andererseits müssen die Naturschutzverbände neue Instrumente zur Gewinnung von Aktiven entwickeln. Der Freiwilligensurvey hat gezeigt, dass die bislang nicht Engagierten ein großes Interesse an Umwelt-, Natur- und Tierschutz haben - gleich nach den Themen Sport und Soziales. Die letztjährige BMU-Studie zum Umweltbewusstsein in Deutschland stellt ein beachtliches Engagementpotenzial für den Natur- und Umweltschutz fest, vor allem was die Beteiligung an einzelnen Aktivitäten und konkreten Projekten angeht.

Allerdings müssen wir dafür die Hemmnisse für das Engagement beseitigen. Dies kann, so der Freiwilligensurvey, am besten durch die intensivere Werbung erreicht werden, insbesondere durch mehr Information und Beratung über Gelegenheiten zum Engagement. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe.

Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär

**2 Impressum****3 Editorial**

- Mehr Aufmerksamkeit fürs Ehrenamt

**5 Verbände, Umweltbewegung**

- Kernforderungen der Umweltverbände zur Bundestagswahl
- B.A.U.M.-Umweltpreis 2005
- 30 Jahre BUND/Jahresbericht 2004
- Neuer Umweltverband gegründet

**7 Ehrenamtliches Engagement**

- Stärkung des ehrenamtlichen Engagements: DNR-Eckpunkte
- Neu in Hessen: EhrenamtsCard
- Neuer Schwung für DGA 21 Bayern
- Lesenswert

**12 Abfall, Chemie, Emissionen**

- Engpässe bei der Abfallversorgung?
- Lesenswert

**13 Agrarpolitik, Verbraucherschutz**

- Jobmotor Ökolandbau
- Wieder Pestizidrückstände in Beeren
- Union will Agrarpolitik ändern
- Öko-Standards unter der Lupe
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

**16 Energie, Klima**

- Kritik an Atom-Plänen der Union
- Kritik an Vorschlag des BDI
- Klimaschutzprogramm beschlossen
- Energiepass rückt näher
- Energiewirtschaftsgesetz in Kraft
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

**20 Gentechnik**

- Immer mehr gentechnikfreie Regionen
- Agro-Gentechnik: Unions-Pläne unklar
- Freiwillige Feldbefreiung
- Lesenswert

**22 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht**

- Woche der Zukunftsfähigkeit 2005
- Wegweiser Nachhaltigkeit 2005
- Kritik an Wahlprogrammen
- Wahlkompass Umwelt
- NRW: Änderungen in der Agrarpolitik
- DBU-Jahresbericht 2004
- Minister/innen gegen Umweltauflagen
- Informationsfreiheitsgesetz durch
- Fish Banks: Nachhaltigkeitsspiel
- Experten-Datenbank Nachhaltigkeit
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

**27 Naturschutz, Artenschutz**

- DNR-Studie zum Nationalen Naturerbe: Zukunft ungewiss
- Natura 2000 im Internet
- Bruno-H.-Schubert-Preis vergeben
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

**30 Verkehr, Tourismus**

- Verdeckte Kosten des städtischen Autoverkehrs
- Umfrage: Belastung Straßenverkehr
- Stolpe: Lkw-Maut erfolgreich
- Bald Fahrverbote für Diesel?
- Umweltrat: Schienenverkehr fördern
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

**34 Wasser**

- Protest gegen Bayer-Kooperation
- Kritik an Hochwasserschutzpolitik

**35 Service**

- Termine, Information & Diskussion,

**Sonderbeilage**

- Newsletter „Gender Greenstreaming“: Geschlechterverhältnisse im Natur- und Umweltschutz (Mittelseiten)

## Kernforderungen der Umweltverbände zur Wahl

### Neustart im Natur- und Umweltschutz erforderlich

Der Deutsche Naturschutzring hat zusammen mit dem BUND und NABU die Fortführung der „in Teilen erfolgreichen“ deutschen Umweltpolitik gefordert. So dürfe bisher Erreichtes nicht zurückgenommen werden. Vielmehr sei ein Neustart im Natur- und Umweltschutz erforderlich. Der Atomausstieg müsse beschleunigt und der Ausstoß von Klimagasen entschieden reduziert werden. Bis Mitte dieses Jahrhunderts sollten die Erneuerbaren Energien die Hälfte des Strombedarfs in Deutschland decken. Zudem dürfe das Ziel, bis 2010 ein Fünftel der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch zu bewirtschaften, nicht aufgegeben werden.

### DNR: An Nachhaltigkeit festhalten

Nach Ansicht von DNR-Präsident Hubert Weinzierl müssten die Parteien am Ziel der Nachhaltigkeit unbedingt festhalten. Hohe Umwelt- und Naturschutzstandards stünden nicht konträr zur Wirtschaft, sondern seien zukunftsfähige Standortfaktoren, die heutige und künftige Lebensgrundlagen sicherten. Ferner bleibe dringend notwendig, den globalen Ressourcenverbrauch deutlich einzuschränken. Dafür müssten dem Welthandelssystem soziale und ökologische Grenzen gesetzt werden. Es dürfe keine Liberalisierung der Weltmärkte auf dem Rücken der sozial Schwachen und auf Kosten der Umwelt geben, so der Präsident.

### NABU: Naturschutz muss zentrale Aufgabe sein

„Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen muss zentrale Aufgabe jeder Bundesregierung sein. Wer das Nationale Naturerbe beschädigt, wird dafür die Rechnung präsentiert bekommen“, erklärte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Wichtig sei ein Verkaufsstopp für wertvolle bundeseigene Naturschutzflächen. Dazu gehörten frühere Truppenübungsplätze und Bergbaufolgelandschaften in Ostdeutschland, für deren Erhalt eine Bundesstiftung Natur eingerichtet werden müsse.

### BUND: Öko-Steuer weiterentwickeln

Die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrnt forderte die ökologische Steuerreform weiterzuentwickeln anstatt eine Mehrwertsteuererhöhung zu beschließen. Dazu

gehöre der Abbau umweltschädlicher Subventionen wie die Eigenheimzulage und Entfernungspauschale, die Besteuerung von Kerosin sowie die Anhebung der Heizölsteuer. Dies habe nicht nur einen positiven Beschäftigungseffekt und gebe Anreize zum sparsamen Umgang mit knappen Rohstoffen, sondern entlaste zudem den Fiskus und die Rentenkassen.

### WWF: Keinen ökologischen Rückwärtsgang einlegen

Laut WWF dürfe nach der Wahl kein ökologischer Rückwärtsgang eingelegt werden. Eine neue Bundesregierung müsse die Rahmenbedingungen schaffen, um den Abschied von der Kohleverstromung einzuläuten. Nur so könne es gelingen, den Ausstoß an Treibhausgasen in dem erforderlichen Maß zu verringern.

### Greenpeace: Atomausstieg beschleunigen

Greenpeace betonte vor allem die Ablehnung der Wähler/innen gegenüber der Atomkraft und der Gentechnik. Eine neue Regierung sollte sich davor hüten, dieses Votum zu missachten. Der Atomausstieg müsse beschleunigt und die erneuerbaren Energien entschlossen ausgebaut werden. Deutschland habe hier international eine führende Rolle übernommen. Wer diese verspiele, verspiele auch seine Innovationschancen. (db) ■

Mehr zu Bundestagswahl und Parteiprogrammen: S. 14, 16, 22, 23.

### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

Vollständige Kernforderungen der Verbände, thematisch gegliedert:  
[www.dnr.de/presse/presseinfo/?id=309](http://www.dnr.de/presse/presseinfo/?id=309)

## B.A.U.M.-Umweltpreis 2005

### Sonderpreis an Michael Otto, Peter Maffay und Anne Will

Mit dem „Internationalen B.A.U.M.-Sonderpreis“ werden in diesem Jahr der Unternehmer Michael Otto, der Künstler Peter Maffay und die TV-Moderatorin Anne Will ausgezeichnet. Bereits zum 12. Mal verleiht der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e.V.) seinen Umweltpreis. Ausgezeichnet werden damit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, die sich anhaltend, erfolgreich und vorbildhaft für den Umweltschutz einsetzen.

### Jahrestagung 2005 „Das Unternehmen in der Gesellschaft“

Die Verleihung am 13. September in Hamburg nehmen Bundesumweltminister Trittin und Hamburgs Erster Bürgermeister von Beust vor. Zu der Veranstaltung sind rund 500 Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik, Medien, Wissenschaft, Kammern und Verbänden geladen. Am Abend findet eine Benefizgala mit bekannten Künstlern statt. Einen Tag später folgt die B.A.U.M.-Jahrestagung 2005 zum Thema „Das Unternehmen in der Gesellschaft“. Neben Praxisbeiträgen aus Unternehmen sind Beiträge aus nationalen und internationalen Institutionen sowie ein intensiver Erfahrungsaustausch vorgesehen. (mb) ■

### • Weitere Informationen

B.A.U.M. e.V., Martin Oldeland, Osterstr. 58, 20259 Hamburg  
Tel. 040 / 490711-00, Fax -99  
eMail: [tagung2005@baumev.de](mailto:tagung2005@baumev.de)  
[www.baumev.de](http://www.baumev.de)

### 30 Jahre BUND

#### **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland bilanzierte Erfolge**

Im Juli hat der BUND sein 30jähriges Bestehen gefeiert. Das Engagement sei auch weiterhin nötig, da „wieder die Ideologie herausgekratzt“ werde, resümierte der Verband. Natur- und Umweltschutz sei kein Luxus, auf den man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verzichten könne. Zum Beispiel sei es bei der Frage von längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke wichtig, Alternativen aufzuzeigen.

Der BUND hat sich nach eigenen Angaben früh für erneuerbare Energien engagiert, maßgeblich bei der ökologischen Steuerreform mitgewirkt und eine Vorreiterrolle beim Kampf gegen Gen-Food und Atomkraft übernommen. Angelika Zahrt, seit 1998 Vorsitzende des BUND, verwies auf einige Erfolge in den letzten drei Jahrzehnten: ein fortschrittliches Naturschutzgesetz, ein deutlicher Ausbau der erneuerbaren Energien und große Fortschritte im technischen Umweltschutz. Bundesumweltminister Jürgen Trittin lobte den BUND für seinen Sachverstand und die Hartnäckigkeit, mit denen er „den Nerv derjenigen treffe, die in der Umweltpolitik gern bremsen“.

#### **BUNDstiftung gegründet**

Zu den Gründungsmitgliedern des BUND gehörten u.a. Bernhard Grzimek, Robert Jungk, Horst Stern, Frederic Vester und Hubert Weinzierl. Weinzierl war langjähriger Vorsitzender des Verbandes und ist heute Präsident des DNR und Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

Zu seinem 30. Geburtstag hat der BUND nun die BUNDstiftung gegründet, um ein langfristiges Engagement zugunsten von Umwelt und Natur zu ermöglichen, das steuerlich gefördert wird.

#### **Jahresbericht 2004: Mehr Spenden und Förderer**

Der BUND hat 2004 seine Spendeneinnahmen um gut 17 Prozent auf über 6 Millionen Euro steigern können. Damit stammten mehr als acht von zehn Euro, die der BUND für die Umweltschutzarbeit ausgab, aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Die Zahl der Mitglieder und Förderer stieg leicht auf über 392.000. Die stabile Finanzgrundlage garantiere die politische Unabhängigkeit des Verbandes, erklärte

der BUND bei der Veröffentlichung seines Jahresberichts. Die Zahlen zeigten auch, dass der Schutz von Natur und Umwelt vielen Menschen nach wie vor wichtig sei. Der BUND konnte vergangenes Jahr vor allem in der Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik sowie in der Chemiepolitik Akzente setzen.

Zugleich erzielte er viele Erfolge in großen und kleinen Naturschutzprojekten. Z.B. wird das „Grüne Band“ entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze europäisch: Die Kette wertvoller Biotope und Heimat vieler seltener Tiere und Pflanzen ist Vorbild für das Vorhaben eines „Green Belt Europe“ entlang des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer. Den größten Teil seiner Einnahmen setzte der BUND 2004 für Projekte, Aktionen, und Öffentlichkeitsarbeit ein. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 2758644-25, Fax -49  
eMail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

### **Neuer Verband für Imker, Bauern und Verbraucher**

#### **Umweltbund will grenzüberschreitend agieren**

Im August hat sich in München der Umweltbund - Initiative der Imker, Landwirte und Verbraucher/innen gegründet. Er versteht sich als ein grenzüberschreitender Umweltverband und als Verbraucherschutzorganisation. Die Gründungsmitglieder kommen aus der Landwirtschaft, Forschung und Imkerei. Der Verband hält Pflanzenschutzmittel und Gentechnik in der Landwirtschaft, in Gartenbau und Forst nicht nur für überflüssig, sondern sieht in ihnen auch eine unterschätzte und oft verharmloste Gefahr für Umwelt, Mensch und Tier.

Der Umweltbund will auch „Alternative und Gegengewicht“ zu den bestehenden Vertretungsorganisationen der Bauern und Imker sein. Aus Sicht des Umweltbundes vertritt z.B. der Deutsche Bauernverband seit Jahren nicht die Interessen seiner Mitglieder, sondern die der Agro- und Chemieindustrie. Präsident der neu gegründeten Organisation ist Friedhelm Berger. Für den Forscher und Imker ist es seit langem ein Ärgernis, dass selbst staatliche Stellen gefährliche Pflanzenschutzmittel erlauben und einsetzen, die Bienenvölker schädigten, obwohl wissenschaftliche Studien zeigten, dass diese Pestizide gar nicht nötig seien. Gerade die Imker spürten die negativen Folgen der seit Jahrzehnten falsch betriebenen, Industrie orientierten Landwirtschaft, von der nur wenige profitieren, so Berger. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Umweltbund - Initiative der Imker  
Landwirte und Verbraucher, Wittelsbacherstr. 40, 82110 Germering  
Tel. 089 / 8401530  
eMail: [info@umweltbund.de](mailto:info@umweltbund.de)  
[www.umweltbund.de](http://www.umweltbund.de)

## Stärkung des ehrenamtlichen Engagements - DNR-Eckpunkte

### 1. Ehrenamtliches Engagement im Natur- und Umweltschutz

#### Gesellschaftliches Engagement mit Tradition

Im Natur- und Umweltschutz, dem „ökologischen Sektor“ unserer Gesellschaft, findet bürgerschaftliches Engagement seit über 100 Jahren auf drei Ebenen statt:

- als „klassisches“ Ehrenamt, das aufgrund einer amtlichen Berufung oder Ernennung ausgeübt wird (z.B. Naturschutzbeauftragte, Naturschutzbeiräte und Naturschutzwarde in Landkreisen),
- als Ehrenamt im Natur- und Umweltschutzverein,
- als freiwilliges Engagement in Initiativen, Projekten oder Fachgruppen außerhalb von Vereinsstrukturen.

Triebfedern des bürgerschaftlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz sind die „Liebe zur Natur“, der Wunsch „Verantwortung zu übernehmen“, „Freude und Spaß an der Tätigkeit“ zu haben, „soziale Kontakte zu Gleichgesinnten“ zu pflegen bis hin zu religiösen Überzeugungen. Auch „persönliche Betroffenheit“ und die Motive „sinnvoll Freizeit gestalten“, „Fachkompetenz einbringen“, aber auch „Neues lernen wollen“ sind bei vielen ausschlaggebend für ihr Engagement.

Vor allem durch den unentgeltlichen Einsatz für das Gemeinwohl und die zeitliche Unbestimmtheit ihrer Tätigkeit unterscheiden sich bürgerschaftlich Engagierte von hauptamtlich Beschäftigten. Mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit sind die Aktiven keinem Arbeitgeber verpflichtet und haben damit das Recht auf freie Einteilung ihrer zeitlichen und finanziellen Ressourcen. Sie sind kein Ersatz für hauptamtliches Personal. Im partnerschaftlichen Team der für den Natur- und Umweltschutz Tätigen sind Ehrenamtliche sowie Hauptamtliche gleichermaßen wichtig und ergänzen sich. Es ist eine der vornehmsten Aufgaben für Hauptamtliche, ehrenamtlich Tätige in ihrem Wirken zu unterstützen.

#### Gesellschaftliche Bedeutung und Leistungen

Über 5 Millionen Menschen in Deutschland sind Mitglied von Natur- und Umweltschutzverbänden. Nahezu 100.000 Bürger/innen sind in rund 10.000 lokalen oder regionalen Naturschutz- oder Um-

weltgruppen und -initiativen aktiv tätig. Mit ihren ehrenamtlich Engagierten leisten die Vereine einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung der Lebensqualität und -vielfalt in Deutschland. Sie erhalten und pflegen Landschaften, schützen z.B. Fischotter, Biber, Eisvogel oder Schwarz- und Weißstorch in ihren Lebensräumen. Mit ihrer Arbeit tragen die Natur- und Umweltschutzverbände wesentlich dazu bei, Ressourcen von gesamtgesellschaftlichem Interesse, wie Boden, Wasser, Luft, Biotop- und Artenvielfalt und damit das gesunde und naturnahe Lebensumfeld der Bevölkerung zu sichern und zu entwickeln.

Ehrenamtliches Engagement hat auch eine Bildungsfunktion für den Ausübenden und kann wesentlich dazu beitragen, dass der Bürger die ihm in der Demokratie zugedachte Rolle auch tatsächlich lernen und ausüben kann. In keinem anderen Bereich ist dies in so hohem Maße möglich wie im Ehrenamt und zwar unabhängig vom Lebensalter. Auf diese Weise wird durch die ehrenamtliche Tätigkeit ein nachhaltiger Bildungsprozess für den Ehrenamtler ausgelöst, der für die Zukunft unserer Gesellschaft von größter Bedeutung ist. Dementsprechend muss ehrenamtliches Engagement stärker in den Bildungsplänen berücksichtigt werden. Sinnvoll sind auch Berufserkundungs-Praktika in Betrieben und Verbänden.

Besondere Qualitäten des ehrenamtlichen Engagements im „ökologischen Sektor“ sind ferner:

- es unterstützt die Umsetzung nationalen und internationalen Umweltschutzes,
- es mindert den von staatlicher Seite zu leistenden finanziellen Aufwand für den Schutz von Natur und Umwelt, der vom Staat nicht erbracht wird, und stellt selbst eine ökonomische Wertschöpfung in Höhe von annähernd 500 Mio Euro jährlich dar,
- es erfüllt einen weitreichenden Multiplikatoreffekt, indem die Engagierten sich zu Fürsprechern für Natur- und Umweltschutzbelange machen. Sie tragen Umweltthemen in verschiedene gesellschaftliche Gruppen hinein (Familie, Freunde, Beruf),
- es unterstützt und gestaltet umweltpolitische Entwicklungen in der Wirtschaft sowie in der öffentlichen Verwaltung und den politischen Parteien,
- es erfüllt wichtige Funktionen im Bereich der Bildung und Bewusstseinsförderung. Das Konzept der „Bildung für nachhalt-

ge Entwicklung“ vermittelt individuelle Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung ökologischer Risiken, bietet Naturerfahrungen zur Stärkung der psychosozialen Gesundheit (insbesondere von Kindern), fördert die Identifikation mit der natürlichen Umwelt und stärkt damit das persönliche Verantwortungs- und Bewusstsein.

Wie groß das Interesse der Bevölkerung am Engagement im ökologischen Bereich ist, zeigt die Studie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Umweltbewusstsein in Deutschland aus dem Jahr 2004. Die Befragung hat ergeben, dass

- rund 9 % der Bevölkerung Mitglied in einer Umweltgruppe sind,
- jeder Sechste bis Siebte Geld für Naturschutzprojekte spendet,
- ungefähr 4 % der Bevölkerung (rd. 3 Mio) sich für Umwelt- und Naturschutz in unterschiedlicher Weise engagieren,
- rund 30 % der noch nicht engagierten Befragten einem Engagement offen gegenüberstehen.

Damit sich dieses Engagement auch entfalten kann, müssen Engagement-Hemmnisse in der Gesellschaft allgemein wie auch in den Umweltverbänden abgebaut und das Engagement-Potenzial in der Bevölkerung gefördert und erschlossen werden.

#### Ökologisches Ehrenamt in der Bürgergesellschaft

Das ehrenamtliche Engagement im Natur- und Umweltschutz gehört ebenso wie das Bürgerengagement im Hilfeleistungs- und Sozialbereich zu den in besonderem Maße gemeinwohlorientierten und uneigennützigem Engagementbereichen.

Die Natur- und Umweltverbände bekennen sich zu einer modernen Bürgergesellschaft. Als autonome und vom Staat rechtlich getrennte Organisationen sind sie wichtige Eckpfeiler und Motoren einer aktiven Zivilgesellschaft. Vielerorts beweisen ihre ehrenamtlich Aktiven, dass sie in starkem Maße fähig und bereit sind, sich konstruktiv in die Lösung von Aufgaben einzubringen, an Entscheidungen und Wertebildung mitzuwirken und Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Von daher liegt es nahe, zwischen ehrenamtlicher Tätigkeit, Erwerbsarbeit und öffentlich geförderten (zweitem) Arbeitsmarkt Übergänge zu schaffen, vor allem

durch eine entsprechende Qualifizierung Ehrenamtlicher.

Durch die Verbindung von Eigeninitiative und sozialer Verantwortung eröffnet das bürgerschaftliche Engagement neue kreative und gemeinschaftliche Lösungen im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sowie der nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft.

Verschiedene Formen selbstorganisierter Aktivitäten wie z.B. in Bürgerinitiativen, Projektgruppen oder neuen Aktionsbündnissen für Nachhaltigkeit und zum Themenkomplex Globalisierung sind wichtige Impulsgeber für gesellschaftliche Entwicklungen im „ökologischen Sektor“.

Damit die Natur- und Umweltverbände ihrer zivilgesellschaftlichen Rolle gerecht werden können, bedarf es der Weiterentwicklung der ihnen zu Verfügung stehenden Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten sowie einer besseren Ehrenamtskultur in unserer Gesellschaft.

## 2. Schaffung und Ausweitung von Fundraisingmöglichkeiten

Im Unterschied zu vielen sozialen Dienstleistern verfügt der Natur- und Umweltschutz kaum über Gebühreneinnahmen. Er ist auf Geldmittel in Form von Spenden, Stiftungsgeldern, Sponsoring und Erbschaften angewiesen. Das Fundraising der Verbände ist hierauf abzustellen und zu verbessern. Den Natur- und Umweltschutzverbänden sind zudem von Seiten der öffentlichen Hand Möglichkeiten zu eröffnen, die es ihnen erlaubt, nachhaltige Finanzierungsquellen zu erschließen, z.B. durch die Einrichtung einer privaten Umweltlotterie.

## 3. Schaffung und Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten

Die Einbeziehung interessierter und gut informierter Bürger/innen in Planungs- und Genehmigungsprozesse ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass umweltrelevante Vorhaben Akzeptanz in der Bevölkerung gewinnen können. Sie gehört deshalb in vielen Ländern der Welt zum selbstverständlichen Bestand demokratischer Verwaltungskultur. Aus diesem Grund ist die rasche und umfassende Umsetzung des UN/ECE-Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Ärhus-

Konvention) in Deutschland von zentraler Bedeutung.

Die Naturschutz- und Umweltverbände nehmen seit vielen Jahren, die ihnen im nationalen und internationalen Natur- und Umweltrecht eingeräumten Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte kritisch, aber konstruktiv wahr. Diese müssen ergänzt werden um direktdemokratische Verfahren wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheidungen.

## 4. Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Hierzu gehören vor allem die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in Vereinen und Organisationen durch den Abbau von bürokratischen Regelungen und die Vereinfachung und Erleichterung steuerrechtlicher Vorschriften. Gemeinnützigen Vereinen - und da sind die Vereine im Umweltbereich einzuschließen - ist mehr Flexibilität im Rahmen der vier Tätigkeitsbereiche (ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb) einzuräumen. Sinnvoll erscheint die Einrichtung einer unabhängigen Schiedsstelle, die sich mit der Aberkennung bzw. Nichtzuerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus befasst. Die derzeit geltende Gefährdungshaftung für eine zweckwidrige Verwendung von Spendenmitteln ist in eine Haftung umzugestalten, die nur bei Verschulden (Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit) der Betroffenen besteht. Daneben sollte das Spendenrecht novelliert und die unterschiedlichen Spendenhöchstsätze von 5 und 10 % einheitlich auf 10 % festgelegt werden.

Überfällig sind die Anerkennung des zeitlichen ehrenamtlichen Engagements von Natur- und Umweltaktiven als Eigenbeitrag im Rahmen des Zuwendungsrechts und die Reform des Zuwendungsrechts insgesamt. Hier ist vor allem der Wechsel von einer Fehlbetrags- zu einer Festbetragsfinanzierung zu nennen.

Um tatsächlich entstandene Aufwandskosten (Fahrt- und Telefonkosten etc.) auszugleichen, ist eine allgemeine steuerfreie Aufwandspauschale in Höhe von 300 Euro pro Jahr für bürgerschaftlich Engagierte im Dienste gemeinnütziger Umweltorganisationen erforderlich. Mit einer solchen Regelung würde der pauschalierte Ersatz von entstandenem Aufwand für bürgerschaftliches Engagement von der Besteuerung freigestellt. Darüber hinaus ist die

Ausdehnung des steuerfreien Übungsleiterfreibetrags in Höhe von 1.848 Euro auf den Umwelt- und Naturschutz erforderlich.

Das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen ist in Deutschland kaum ausgeprägt. Staat und Politik müssen günstige Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Unternehmen, Non-Profit-Organisationen und engagierten Bürgern schaffen. Unternehmen sollen sich stärker für gesellschaftliche Belange mit der Bereitstellung von Kompetenzen und Ressourcen in Form des sog. Corporate Citizenship engagieren. Die Akzeptanz für das Corporate Citizenship im Natur- und Umweltschutz ist insgesamt zu fördern. Bei Bewerbungen sollte das ehrenamtliche Engagement mehr Berücksichtigung finden.

## 5. Verbesserung der Anerkennungskultur durch Politik und Verwaltung

Im Vergleich zu den Ehrenämtern im Freizeit- und Sportbereich, im Rettungs- und Gesundheitswesen oder in der Brauchtumspflege wird das Ehrenamt in Natur- und Umweltschutz von Politik und Verwaltung zu gering geschätzt.

Die Beseitigung der Benachteiligung in der öffentlichen Anerkennung des Ehrenamts im Umweltbereich ist dringend geboten. Politik und Verwaltungen in Bund, Ländern und Gemeinden müssen gleichermaßen ihren Beitrag leisten, um die Motivation der ehrenamtlich Aktiven im Natur- und Umweltschutz zu fördern. Die Anerkennungskultur seitens der Politik und Verwaltung ist zu verbessern durch

- mehr organisatorische und finanzielle Unterstützung des Ehrenamts im Natur- und Umweltschutz und keine Benachteiligung gegenüber anderen Engagementbereichen,
- größere Wertschätzung des Ehrenamts im Natur- und Umweltschutz z.B. durch öffentliche Auszeichnungen und Ehrungen,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Rahmen von Kooperationen mit staatlichen Stellen, z.B. Freiwillige in Nationalparks, Mitwirkung in Monitoringprogrammen, Beteiligung in Beiräten.

## 6. Verbesserung der Anerkennungskultur in den Organisationen

Eine zentrale Voraussetzung für eine vermehrte Anerkennung ehrenamtlichen Engagements ist die Verankerung der Förderung und Unterstützung dieser Form

des Engagements als prioritäre Aufgabe in der eigenen Organisation. Bisher lag in vielen Organisationen das Hauptaugenmerk auf Fachkompetenzen, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und Gewinnung von Finanzmitteln. Die Werbung, Einarbeitung und Betreuung von ehrenamtlich Aktiven wurde vernachlässigt. Motivation und Fachwissen mussten Interessierte bisher selbst mitbringen, ebenso Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen. Jede Organisation sollte daher zukünftig folgende Aufgaben vorrangig verfolgen:

- Festschreibung von Ehrenamtsförderung als Verbandsziel,
- Bereitstellung von finanziellen, zeitlichen und personellen Ressourcen für die Beratung, Betreuung und die Koordination der ehrenamtlich Aktiven,
- Schaffung von Beratungsangeboten und Foren zum Erfahrungsaustausch,
- verstärkte Beteiligung der Freiwilligen an Organisationsabläufen und Entscheidungen, die ihr Engagement betreffen,
- Entwicklung von konkreten Einstiegsangeboten (z.B. in Form von Aktionen, Projekten, Mitmach-Tagen),
- Werbung von Interessierten durch persönliche Ansprache und Begleitung bei der Eingliederung in die Organisation,
- Angebot von Mentoring für den Führungskräfte-Nachwuchs.

## 7. Qualifizierung, Weiterbildung und Freiwilligen-Management

Der Qualifizierung und Bildung kommt eine entscheidende Bedeutung für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und die Gestaltung einer aktiven Bürgergesellschaft zu. Möglichkeiten zum Erproben und Erlernen von Engagement im Umwelt- und Naturschutz, zur Fortbildung der Freiwilligen in unterschiedlichen Aufgabenbereichen sowie die Qualifizierung der Ehren- und Hauptamtlichen stehen dabei in engem Zusammenhang.

Angebote zur Bildung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen eröffnen interessierten Bürger/innen eine aktive Teilhabe. Mitbestimmung und Mitgestaltung, Bildung und Qualifizierung streben sowohl die Stärkung und Weiterentwicklung bürgerschaftlichen Handelns als auch fachlicher, methodischer und kommunikativer Kompetenzen an.

Wichtig ist, dass Umweltorganisationen Qualifizierungsprogramme für Ehrenamtliche entwickeln und anbieten. Eine bedeutende Rolle kommt hierbei auch den Na-

turschutzakademien der Bundesländer und anderen Bildungsträgern zu.

Der Freiwilligen-Koordination als Instrument zur Steigerung ehrenamtlichen Engagements (volunteer management) ist in den deutschen Umweltverbänden zu etablieren, wie dies in angelsächsischen Ländern und den USA seit langem im Umweltbereich sehr erfolgreich ausgeübt wird.

## 8. Stärkung der Infrastrukturen

Die Freiwilligenagenturen, -börsen und -zentren in Kreisen und Städten gelten als Kristallisationspunkte und Partner zur Ehrenamtsförderung. Diese Infrastrukturen sind zu erhalten, weiter auszubauen und stärker mit den Umweltsektor auf kommunaler Ebene zu vernetzen.

Zusätzlich ist eine verbandseigene Infrastruktur für das Freiwilligenmanagement auf regionaler Ebene aufzubauen, um Engagement zu fördern und die Engagementpotenziale zu erschließen. Erforderlich sind eine Reihe weiterer Maßnahmen:

- Optimierung der Kooperation von Freiwilligenagenturen mit Umweltverbänden,
- Aufbau regionaler Freiwilligen-Koordinationsstellen,
- Einsatz von Freiwilligen-Koordinatoren in Umweltzentren.

## 9. Weiterentwicklung der Freiwilligendienste

Freiwilligendienste, wie das Freiwilliges Ökologische Jahr (FÖJ), besitzen als eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements einen eigenen Stellenwert. Dabei ist die Bedeutung von Freiwilligendiensten für die Sozialisation und Qualifikation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen besonders hervorzuheben (junge Erwachsene, Senioren u.a.). Andererseits ist das FÖJ vor allem für viele kleine Einrichtungen im „ökologischen Sektor“ wichtig, da es eine Stütze der fachlichen und pädagogischen Arbeit darstellt. Die von den Umweltverbänden angestoßene Diskussion zu generationenübergreifenden Modellen im Freiwilligendienst muss in nächster Zeit zu konkreten Ergebnissen führen. Dagegen lehnen die Natur- und Umweltschutzverbände einen (ökologischen) Pflichtdienst ab.

## 10. Zukunftsperspektive

In unserer primär wirtschaftlich orientierten Gesellschaft kommt dem bürgerschaftlichen Engagement für die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen eine

herausragende Bedeutung zu. Staat, Parteien, Verwaltung, Unternehmen, Kirchen und Verbände müssen sich dieser Herausforderung stellen und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements zu einer ihrer Hauptaufgaben machen. ■

Autor/innen: Silke Haag, Martina Löw, Günter Mitlacher, Helmut Röscheisen, Anne Schierenberg, Ralf Schulte

## • Weitere Informationen

DNR, AK Ehrenamtliches Engagement, Albert Lippert, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: sekretariat@dnr.de  
www.dnr.de

### Literatur:

U. Kuchartz, A. Rheingans-Heintze: Umweltbewusstsein in Deutschland 2004 - Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage; Hrsg.: BMU, 94 S., Berlin 2004

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“; Drs. 14/8900, 492 S., Berlin 2002

Europarc Deutschland (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Großschutzgebieten: Freiwillige integrieren und qualifizieren - Möglichkeiten der Planung und Umsetzung am Beispiel der Naturwacht Brandenburg, 48 S., Berlin 2003

S. Haack: Die Bedeutung der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit von Umweltverbänden am Beispiel des Zivildienstes und des bürgerschaftlichen Engagements; Hrsg.: UBA/UNESCO-Verbindungsstelle, 251 S., Berlin 2003

G. Mitlacher, R. Schulte: Steigerung des ehrenamtlichen Engagements in Naturschutzverbänden; Hrsg.: Bundesamt für Naturschutz, BfN-Skripten 129, 159 S., Bonn 2005

B. v. Rosenblatt: Freiwilligen survey 1999 - Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Bd. 1: Gesamtbericht; Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 194.1, Kohlhammer, Stuttgart 2001

### Ehrenamt wird gewürdigt: Hessen à la Card

#### Interview mit Manfred Husemann von der Hessischen Staatskanzlei

Manfred Husemann ist seit 1999 Referatsleiter für Bürgerengagement und Ehrenamt in der Hessischen Staatskanzlei und hat die Entwicklung einer so genannten „EhrenamtsCard“ (E-Card) begleitet, die von Ministerpräsident Roland Koch in Hessen initiiert wurde. Die EhrenamtsCard versteht sich als Instrument zur Würdigung und Anerkennung geleisteten bürgerschaftlichen Engagements. Am 31. Januar wurde die Hessische Gemeindeordnung um einen Absatz ergänzt, der Vergünstigungen durch Städte, Gemeinden, Kreise und das Land Hessen für ehrenamtlich Engagierte möglich macht (Art. 7b Abs. 1 Nr. 2). Im Interview mit dem DNR zieht Husemann ein erstes Resümee.

**Herr Husemann, 52 Prozent der Freiwilligen wollen mehr Anerkennung durch die Öffentlichkeit, nur 19 Prozent legen Wert auf traditionelle Ehrungen - so ein Ergebnis des „Freiwilligensurveys“ aus dem letzten Jahr. Hessen hat diese Erkenntnis ernst genommen und die EhrenamtsCard entwickelt. Lohnt sich für Ehrenamtler/innen ein schneller Umzug nach Hessen?**

Auf jeden Fall für diejenigen, die sich in Hessen in besonderer Weise, das heißt mindestens fünf Stunden pro Woche, engagieren. Wenn sie dann noch in einem Landkreis oder einer Stadt zu Hause sind, die sich an der EhrenamtsCard beteiligen, gibt es gute Chancen auf ein ganz handfestes Dankeschön, nämlich auf eine Fülle von Vergünstigungen von öffentlichen und privaten Anbietern. Das reicht von Spitzensportveranstaltungen über Freizeiteinrichtungen, Kinobesuche, Schwimmbäder und Museen bis hin zu Weiterbildungskursen an den Volkshochschulen.

**Steht die Card als Einzelaktion für sich oder geht die „hessische Anerkennungskultur“ darüber hinaus?**

Das ist natürlich das große Rad, das wir derzeit drehen. Zumal es bundesweit in anderen Ländern keine vergleichbaren Projekte und Erfahrungen gibt. Wir betreten da Neuland.

Die Stärkung der Anerkennungskultur liegt uns in Hessen besonders am Herzen. Deshalb haben wir im Internet unter

[www.gemeinsam-aktiv.de](http://www.gemeinsam-aktiv.de) die „Initiative des Monats“ eingerichtet, eine Auszeichnung für ehrenamtlich geführte Vereine und Projekte, die Beispielhaftes leisten. Gleiches tun wir mit der „Stiftung des Monats“ und demnächst auch mit der Auszeichnung „Unternehmen des Monats“, da geht es dann um das gemeinnützige Engagement von Firmen.

Aber auch andere Formen der Anerkennung gehören dazu. Beispielsweise der Kompetenznachweis für junge Leute, die im Ehrenamt etwas gelernt haben, das sie auch im Berufsleben nutzen können. Da gibt es unter [www.kompetenznachweis.de](http://www.kompetenznachweis.de) einen gestalteten online verfügbaren Nachweis, der ganz einfach auszufüllen und zu handhaben ist. Den kann man sich dann selbst ausdrucken, von der Organisation unterschreiben lassen und Bewerbungen als Anlage beifügen.

**Wird die EhrenamtsCard gut angenommen?**

Die beiden Modellkreise Offenbach und Bergstraße haben nach der erfolgreichen Testphase gleich weitergemacht. Dort sind derzeit etwa 750 E-Card-Inhaber registriert. Wir sind zuversichtlich, dass wir zum 1. Januar 2006 über die Hälfte der 21 hessischen Landkreise und viele kreisfreie Städte sowie Sonderstatusstädte als Partner freiwillig im Boot haben werden. Und auch die anderen werden nach und nach folgen. Denn für die Ehrenamtlichen selbst ist die E-Card ganz wichtig, weil es eine innovative Anerkennung mit praktischem Nutzwert ist. Das hören wir immer wieder.

**Naturschutzverbände fühlen sich mitunter benachteiligt, weil in offiziellen Zusammenhängen oft nur an soziales oder sportliches Engagement gedacht wird. Ist das in Hessen anders?**

Wir machen da keine Unterschiede: jeder freiwillige Einsatz für die Gemeinschaft, ob im Sport, im sozialen Bereich, für die Kirchen, im Natur- und Umweltschutz oder im kulturellen Bereich ist wichtig und bereichert die Gesellschaft. Deshalb werden bei der E-Card auch alle Bereiche gleichermaßen berücksichtigt.

Gerade auch im Naturschutz wird erstklassige ehrenamtliche Arbeit geleistet. Zum Beispiel die engagierte Kinder- und Jugendarbeit ist in vielen Verbänden vorbildlich und äußerst spannend und interessant organisiert.

**Gibt es in anderen Bundesländern Bestrebungen, Ihrem guten Beispiel zu folgen? Und wie reagiert der Bund?**

Nach meinem Eindruck begleitet der Bund die hessischen Bemühungen mit Sympathie und Anerkennung. Das war schon so, als Hessen vor gut zwei Jahren als erstes Land Rahmenversicherungsverträge für Ehrenamtliche im Haftpflicht- und Unfallbereich abgeschlossen hat, die inzwischen von vielen anderen Ländern in ähnlicher Form ebenfalls abgeschlossen wurden und noch werden.

Konkrete Überlegungen, die E-Card in anderen Ländern ebenfalls flächendeckend einzuführen, sind mir nicht bekannt. Es gibt aber zahlreiche Ehrenamtsorganisationen auf Bundesebene und Freiwilligenzentren, die sich sehr für das innovative Konzept der EhrenamtsCard interessieren.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

(jg) ■

#### • Weitere Informationen

Hessische Staatskanzlei, Manfred Husemann, Referatsleiter für Bürgerengagement und Ehrenamt, Georg-August-Zinn-Straße 1, 65183 Wiesbaden  
Tel. 0611 / 3238-15, Fax -90  
eMail: [m.husemann@stk.hessen.de](mailto:m.husemann@stk.hessen.de)

[www.gemeinsam-aktiv.de](http://www.gemeinsam-aktiv.de)  
[www.kompetenznachweis.de](http://www.kompetenznachweis.de)

### Neuer Schwung für Agenda 21 in Bayern

#### Agenda-21-Gesellschaft will mehr für Ehrenamtliche tun

Der neugewählte Präsident der Deutschen Gesellschaft Agenda 21 (DGA 21) Bayern, Klemens Gieles, hat als einen Schwerpunkt Schulungen für Ehrenamtliche angekündigt: „Die Agenda-21-Arbeit muss wieder an Schwung gewinnen“, sagte der 48-jährige Biologe und Umweltplaner aus Unterfranken. Vor allem Frauen und Jugendliche sollten so in die Lage versetzt werden sich an ihrem Heimatort zu engagieren.

#### Kompetenzzentrum soll entstehen

Die derzeit ambitionierteste Vorhaben der DGA 21, das Agenda-21-Haus, soll als Pilotprojekt bis 2007 umgesetzt werden. In Aschaffenburg wird ein Schulungs- und Kompetenzzentrum für Agenda-21-Akteure entstehen, das optisch und in der Bauausführung richtungweisend sein soll.

In der DGA 21, die Mitglied des DNR ist, sind alle Gremien ehrenamtlich besetzt. Zurzeit ist die Gesellschaft mit Landesorganisationen in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz vertreten. Für Kooperationen mit den großen Umwelt- und Naturschutzorganisationen sei man offen, sagte Gieles. (mb) ■

#### • Weitere Informationen

Deutsche Gesellschaft Agenda 21 (DGA 21), Präsident Walter Roth, Englertstr. 8, PF 130421, 63723 Aschaffenburg  
Tel. 06021-424157, Fax -470807  
eMail: walter.roth@dga21.de  
www.dga21.de

### Lesenswert

#### Studie: Staatliche Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement

Im Auftrag des Bundesfinanzministeriums zeigt diese Prognos-Studie neue Wege auf, wie der Staat das bürgerschaftliche Engagement durch die Gestaltung gesetzlicher und finanzieller Rahmenbedingungen unterstützen kann. Vorgestellt werden Vorschläge zur Verbesserung der allgemeinen Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements und des Managements sowie ein Konzept zur alternativen Finanzierung, das auf den Erfahrungen mit Investmentfonds aufbaut. In der Rolle des „Wächters“ soll sich der Bund für eine Vereinfachung und Reduktion der Detailregelungen des bürgerschaftlichen Engagements einsetzen. Auf Basis des Abschlussberichtes der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ werden die rechtlichen Reformnotwendigkeiten im Gemeinnützigkeits-, Zuwendungs- und Steuerrecht systematisch aufgezeigt und begründet. (mb)

K. Gramke, M. Steiner, H. Wolf: Unterstützung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements - der Beitrag des Bundes bei der Gestaltung gesetzlicher und finanzieller Rahmenbedingungen, Basel 2005, 150 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: Prognos AG, Tel. 004161 / 3273-200, Fax -300, info@prognos.com, Download (2,6 MB): [www.prognos.com/data/d//news/1117616451.pdf](http://www.prognos.com/data/d//news/1117616451.pdf)

■

## Engpässe bei der Abfallversorgung?

### Neues Abfallgesetz schafft Probleme

Seit Juni müssen Abfälle vorbehandelt werden. Dies sieht das neue Abfallgesetz vor (DRB 07/08.05, S. 7). Kleine Entsorger beklagen nun, auf ihrem Müll sitzen zu bleiben und sich die ökologische Behandlung nicht leisten zu können. Der Verband mittelständischer Entsorger (BSVE) wirft den großen Müllentsorgern vor, „an der Preisschraube zu drehen“ und „eine Marktberingung auf Kosten der kleinen und mittelständischen Unternehmen durchzusetzen“. Zudem habe eine Befragung der BSVE-Mitgliedsfirmen ergeben, dass viele private Betreiber von Müllverbrennungsanlagen die Fuhren kleinerer Entsorger nicht annähmen.

Einige Müllfirmen hätten sich einfach schlecht vorbereitet, erklärt dagegen der Verband der großen Müllentsorger (BDE). Nur zehn Prozent der Müllverbrennungsanlagen seien in privater Hand. Die meisten würden von den Kommunen betrieben.

### BMU: Kapazitäten für Hausmüllentsorgung reichen aus

Ein angeblich drohender „Entsorgungsnottstand“ ist laut Bundesumweltministerium (BMU) nicht in Sicht. Die Kommunen hätten schon frühzeitig in entsprechende Verbrennungsanlagen investiert. Nur einige wenige müssten noch fertig gestellt werden. Angespannt sei jedoch die Situation bei der Entsorgung gewerblicher Siedlungsabfälle. Mit dem neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz könnten diese nun nicht mehr wie in der Vergangenheit scheinverwertet werden. Die geltenden Bestimmungen müssten endlich auch für Gewerbeabfälle in die Praxis umgesetzt werden, so das BMU. Was die Preisentwicklung für die Behandlung der Gewerbeabfälle betrifft, werde sich diese künftig an den Kosten der Entsorgung für die privaten Haushalte orientieren. (db)

■

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

## Lesenswert

### Das Patent - Bittere Grüße vom Konzern

Der Kampf um Weltmonopole schafft rechtsfreie Räume und ein Patent macht Wissen zum Privateigentum. Da sich auf diese exklusiven Nutzungsrechte Monopole gründen lassen, sind ihnen Großkonzerne wie Bayer ständig hinterher. In gegenseitiger Infiltration und Verschränkung von Politik und Wirtschaft entwickelt sich so eine Macht, die immer wieder in die Rechtssprechung eingreift. Kritisch zeichnet die Autorin nach, wie sich Großkonzerne weltweit mit fragwürdigen Methoden das geistige Eigentum privater Erfinder zu Eigen machen und dabei von Gerichten, Behörden und Politik geduldet und unterstützt werden. (db)

Monique Klinkenberg: Das Patent - Bittere Grüße vom Konzern, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2005, 250 Seiten, 16,- Euro, ISBN 3-89657-470-1

■

## „Öko-Landbau wächst und schafft Arbeitsplätze“

### Bio-Branche will ökologische Landwirtschaft als Leitbild

Die Erzeugerverbände ökologischer Lebensmittel haben für eine Stärkung des Öko-Landbaus plädiert. Dieser müsse als Leitbild für nachhaltiges Wirtschaften in den Mittelpunkt der Agrarpolitik gestellt werden, hieß es beim Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Der Verband warnte davor, die Bionahrungswirtschaft schlecht zu reden.

Die Zahlen der Bio-Branche sprächen für sich: In den vergangenen 10 Jahren betrug das Wachstum im Schnitt 8 Prozent, die Arbeitsplätze wurden in diesem Zeitraum auf 155.000 verdoppelt. Das bedeute pro Jahr 20 Prozent mehr Jobs. Wenn der Trend anhält, können nach Angaben des BÖLW jährlich 20.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Der Bio-Markt wächst jedenfalls weiter: Gab es im Jahr 2004 etwa 11 Prozent Umsatzwachstum, waren im ersten Quartal 2005 über 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal.

### Markt für Ökolebensmittel expandiert - anhaltend große Nachfrage

Immer mehr Billig-Supermärkte bieten ihren Kunden Bio-Lebensmittel an. Plus beispielsweise hat seine Produktpalette erweitert, Lidl hat im Juli teilweise Bio-Ware in sein Sortiment aufgenommen. Der Hintergrund: Auch die Discounter wollen am boomenden Markt teilhaben. Zwar macht der Umsatz bei den biologischen Lebensmitteln mit 3,5 Milliarden Euro nur fünf Prozent des gesamten Marktes aus, aber von zweistelligen Umsatzzahlen ist die konventionelle Branche weit entfernt. Den Trend zu mehr Öko-Lebensmitteln bestätigt auch das Ökobarometer von Juni 2005, das vom Bundesprogramm Ökologischer Landbau erstellt wird. Danach essen bereits drei Viertel der Verbraucher/innen zumindest gelegentlich Bio-Kost, 90 Prozent befürworten eine Verpflegung damit v. a. in Kindereinrichtungen.

Aus Sicht des BÖLW kann der Bio-Boom für Landwirte eine Chance sein. Die Verarbeiter meldeten nämlich bei manchen Produkten, z.B. Fleisch, Engpässe. Umsteiger auf ökologische Landwirtschaft könnten von der großen Nachfrage profitieren. Wenn diese nicht durch deutsche

Landwirte gedeckt werden könne, würden die Verarbeiter ihre Rohware im Ausland beziehen, befürchtet der BÖLW. Der Verband vermutet, dass Ökobauern z.B. für die Milchprodukte von Plus (Tengelmann) nicht Kosten deckend liefern. Die Supermärkte könnten aus Österreich liefern lassen, wo die Ökomilch vom Staat subventioniert wird.

### Öko-Essen eine Frage des Lebensstils

Auch wenn sie die Preispolitik der Discounter kritisch beobachten, gehen Kenner der Branche davon aus, dass der Einstieg der Billiganbieter ins Bio-Geschäft nicht zu Lasten des Fachhandels geht. Stattdessen erweitere sich erst einmal die Käuferschicht. Wie Untersuchungen zeigen, wird diese immer vielfältiger. Nicht mehr nur Familien mit Kindern versorgen sich mit unbelasteten Nahrungsmitteln, sondern zunehmend auch junge Leute ohne Nachwuchs. „Lebensstil-Käufer“ wird die Klientel genannt, bei der gesundes Essen als „schick“ gilt.

### Strenge Kontrollen gegen Mogelpackungen

Was die Verbraucher/innen freuen mag, wirft dennoch die Frage auf, ob es hält, was es verspricht. Der BÖLW versichert, die Kunden müssten sich über die Qualität der billigen Produkte keine Sorgen machen. Nichts werde so streng kontrolliert wie der Bio-Handel. Mogelpackungen unter dem EU-Siegel könnten sich Discounter nicht erlauben. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 28483-300, Fax -309  
eMail: [info@boelw.de](mailto:info@boelw.de)  
[www.boelw.de](http://www.boelw.de)

Bundesprogramm ökologischer Landbau, Deichmannstr. 29, 53179 Bonn  
Tel. 0228 / 6845-3280, Fax -2907  
eMail: [geschaeftsstelle-oekolandbau@ble.de](mailto:geschaeftsstelle-oekolandbau@ble.de)  
[www.oekolandbau.de](http://www.oekolandbau.de)

## Beeren mit illegaler Giftspritze verseucht

### BVL: Fast 90 Prozent der Johannis- und Stachelbeeren enthalten Pestizide

In konventionell angebauten Johannis- und Stachelbeeren sind im Juli illegale Spritzmittel gefunden worden. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) bestätigte die Ergebnisse, zu denen ein Speziallabor im Auftrag von Greenpeace kam. In 89 Prozent der Proben aus dem Supermarkt wurden Pestizid-Rückstände gefunden, 11 Prozent der Früchte erreichten oder überschritten die zulässigen Grenzwerte. Sechs der insgesamt 20 nachgewiesenen Pestizide sind in Deutschland nicht zugelassen.

Greenpeace wird nach eigenen Angaben bei den zuständigen Staatsanwaltschaften Anzeige gegen die Produzenten wegen des Einsatzes nicht zugelassener Pestizide erstatten. Bei den illegalen Stoffen handelt es sich laut BVL um Parathion, Boscalid, Flusilazol, Iprovalicarb, Methoxyfenozid und Tebufenozid. Vier der sechs Proben, die mit illegalen Pflanzengiften belastet sind, stammen aus Baden-Württemberg. Bei zwei Proben ist als Herkunftsland lediglich „Deutschland“ genannt. Die Umweltorganisation forderte strengere Kontrollen der Behörden. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Rochusstr. 65, 53123 Bonn  
Tel. 0228 / 6198-0, Fax -120  
eMail: [poststelle@bvl.bund.de](mailto:poststelle@bvl.bund.de)  
[www.bvl.bund.de](http://www.bvl.bund.de)

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100  
eMail: [mail@greenpeace.de](mailto:mail@greenpeace.de)  
[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

## **Zurück zur subventionierten Massenproduktion**

### **Agrarprogramm der CDU/CSU sieht nur noch EU-Mindeststandards vor**

Die Union hat sich dafür ausgesprochen, dass mehr deutsche Agrarprodukte auf dem Weltmarkt verkauft werden sollen. In ihrem 13-seitigen „Programm für gesunde Lebensmittel, innovative Landwirtschaft und lebendige ländliche Räume“ sind die Ziele für den Fall eines Wahlsiegs festgeschrieben. Danach soll es weniger staatliche Kontrolle für Lebensmittel geben, diese solle vielmehr in die Eigenverantwortung der Agrar- und Ernährungswirtschaft fallen. Außerdem gebe es mit der CDU/CSU keine nationalen Alleingänge mehr. Das heißt, hier zu Lande werden nur noch die Mindeststandards umgesetzt, die die EU vorgibt. Aus Umwelt- und Verbrauchersicht bedeutet dies eine Verschlechterung z.B. für das Käfighaltungsverbot oder den Anbau von Genpflanzen.

### **Bleiben die Öko-Landwirte auf der Strecke?**

Mit diesem Programm setzt die Union auf mehr Technik in der Landwirtschaft. Das werde dort keine Arbeitsplätze schaffen, sondern nur größere Felder und weniger Höfe zur Folge haben, befürchtet der BUND. Dessen Agrarexpertin Reinhild Benning rechnet mit Nachteilen für Ökobauern. Die Vize-Fraktionschefin und Agrarexpertin der Union, Gerda Hasselfeldt, kündigte bereits weniger Unterstützung für den Bio-Landbau an (DRB 07/08.05, S. 8). Mehrere unionsgeführte Bundesländer machten diese Ankündigung bereits wahr. Umsteller auf Ökolandbau in Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein werden nicht mehr gefördert. Aber auch Brandenburg mit einer SPD / CDU-Koalition reiht sich in diese Gruppe ein.

### **Programme der anderen Parteien**

Die SPD will weiter die konventionelle und ökologische Landwirtschaft parallel fördern. Zusätzliche Einkommensquellen für Bauern sieht die Partei in der Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen. Die Grünen sprechen sich als einzige Partei explizit gegen „Gentechnik auf dem Teller und dem Acker“ aus. Gemeinsam mit ihrem bisherigen Koalitionspartner wollen sie ein Verbraucherinformationsgesetz. Die FDP plant, Gelder aus dem Bundesprogramm Ökolandbau zu streichen. Bäuerinnen und Bauern sollen nach dem Wil-

len der Liberalen eine „Kulturlandschaftsprämie“ erhalten. In der grünen Gentechnik sehen sie die Zukunft. Die Linkspartei.PDS ist für ein Verbot der Käfighaltung und gegen EU-Subventionen für Tiertransporte. (mbu) ■

### • **Weitere Informationen**

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [info@bund.net](mailto:info@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

Informationen zu den Partei-Programmen:

[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)  
[www.spd.de](http://www.spd.de)  
[www.gruene.de](http://www.gruene.de)  
[www.fdp.de](http://www.fdp.de)  
[www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de)

## **Stiftung Warentest prüft auch öko-soziale Standards**

### **Im Fokus: soziale und ökologische Verantwortung der Produzenten**

Die Stiftung Warentest will trotz des Widerstands großer Unternehmen auch künftig prüfen, inwieweit soziale und ökologische Standards bei der Herstellung von Produkten eingehalten werden. Vor einigen Monaten begann die Verbraucherschutzorganisation mit der Untersuchung der Corporate Social Responsibility (CSR), also der sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen für den Produktionsprozess und seine Folgen. Nach einer ersten Bilanz seien die Erfahrungen positiv, hieß es bei der Stiftung.

Obwohl die Einhaltung der CSR-Kriterien bisher nicht in die Produktbewertung einfließt, reagierte die Wirtschaft sehr zurückhaltend. Beim Waschmitteltest z.B. verweigerten Billigmärkte wie Aldi, Lidl, Schlecker und Edeka jegliche Auskunft. Bei der Prüfung von den überwiegend in Asien produzierten Funktionsjacken ergab sich, dass zwar viele Markenhersteller Sozialstandards für die Arbeitsbedingungen in Niedriglohnländern formuliert haben, deren Umsetzung und Kontrolle aber mangelhaft war.

### **CSR-Tests kosten im Schnitt 50.000 Euro**

Auch das Interesse der Verbraucher/innen an den teuren Tests ist nach Angaben der Stiftung bisher geringer als erhofft, obwohl diese Vorteile davon haben. Die CSR-Tests sind für die Stiftung sehr aufwändig. Nachdem umfangreiche Fragebögen an Unternehmen verschickt wurden, prüfen Sachverständige stichprobenartig deren Angaben. Die Kosten dafür seien so hoch wie der eigentliche Warentest. Im Schnitt seien rund 50.000 Euro nötig. (mbu) ■

### • **Weitere Informationen**

Stiftung Warentest, Lützowplatz 11-13, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 2631-0, Fax -2727  
eMail: [email@stiftung-warentest.de](mailto:email@stiftung-warentest.de)  
[www.stiftung-warentest.de](http://www.stiftung-warentest.de)

## Kurzmeldungen

### Fair-Milch-Projekt der Upländer Bauernmolkerei erfolgreich

Die Vermarktungsstrategie der Upländer Bauernmolkerei in Willingen-Usseln (Sauerland) hat bis Ende Juli zahlreiche neue Abnehmer für Bio-Milch und 5.000 Euro mehr Einnahmen gebracht. Anfang des Jahres startete die Molkerei das FairMilch-Projekt: 5 Cent Aufschlag pro Liter Milch sollten die Verbraucher/innen zahlen. Die Zusatz-Cents gingen direkt an die Milchbauern, damit die in Zukunft weiter rentabel wirtschaften können. Die Strategie ging auf. Nach Angaben der Bundesanstalt für Milchwirtschaft in Kiel (BAfM) stieg der Absatz der Biomilch sogar. Offenbar kauften mehr Kunden FairMilch, weil sie von der Idee einer direkten Unterstützung der Bauern überzeugt seien, so die Forscher. (Siehe auch DRB 02.05, S.9) (mbu)

BAfM, 0431 / 609-1, [www.bafm.de](http://www.bafm.de)

### Umweltsiegel garantiert Bestand erhaltenden Fischfang

Der WWF hat den Kauf von Fischprodukten empfohlen, die das blaue Fisch-Siegel des Marine Stewardship Council (MSC) tragen. Das MSC-Label steht nach Ansicht des WWF für einen verantwortungsvollen Umgang mit der natürlichen Ressource Fisch. Seit einiger Zeit sind auch in deutschen Supermärkten Alaska-Seelachs-Produkte mit diesem Siegel erhältlich. Mit Alaska-Seelachs aus den USA wurde im Februar 2005 einer der weltweit wichtigsten Meeresfische zertifiziert. Er macht in Deutschland rund ein Drittel des gesamten Fischkonsums aus. Eine Liste aller in Deutschland erhältlichen MSC-Produkte sowie einen Einkaufsführer für nachhaltigen Fisch hat der WWF im Internet unter [www.wwf.de/fisch](http://www.wwf.de/fisch) zusammengestellt.

(mbu)

WWF, 0421 / 65846-18, [www.wwf.de](http://www.wwf.de)



## Lesenswert

### Schnäppchenjäger und kritische Konsumenten

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift politische ökologie beleuchtet die Position und das Verhalten von Verbraucher/innen gegenüber Unternehmen. Die Autor/innen vertreten die These, dass eine stärker werdende Verbraucherlobby die Firmen zu mehr gesellschaftlicher Verantwortung drängt. International agierende Konzerne würden von Globalisierungskritikern beobachtet und die Verbraucher/innen entdeckten allmählich ihre Macht. Es werden kontroverse Positionen diskutiert und auch Kritik an den Konsumenten geübt. So seien „rücksichtslose Schnäppchenjäger“ selbst die Verursacher vieler Probleme, schreibt einer der Autoren. (mbu)

BMU, UBA (Hrsg.): politische ökologie 94: Werte schöpfen - Ideen für nachhaltiges Konsumieren und Produzieren, oekom verlag, München April 2005, 80 S. ; 12,- Euro; ISBN: 3-936581-86-X

### Fair Future - Begrenzte Ressourcen gerecht verteilen

Wissenschaftler des Wuppertal Instituts für Umwelt, Klima, Energie haben sich mit dem Problem der Verteilung endlicher Ressourcen befasst. Die Autoren stellen fest, dass die alten Industrienationen zwar noch die „größten Allesfresser“ seien, weisen aber gleichzeitig auf die steigende Nachfrage der „Wachstumsriesen“ China und Indien hin. Sie fordern, unser westliches Wohlstandsmodell radikal auf den Prüfstand zu stellen. Denn mehr Gerechtigkeit in der Welt sei auf dem Verbrauchsniveau der Industrieländer nicht zu erreichen. Der „Wuppertal Report“ schreibt die Studie Zukunftsfähiges Deutschland für den Globus fort. (mbu)

Wuppertal Institut (Hrsg.): Fair Future - Der Wuppertal Report - Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit; C.H. Beck Verlag, 2005; 278 S.; 19,90 Euro



## Atompolitik der Union in der Kritik

### UBA-Präsident für Fortsetzung des Atom-Konsenses

Der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA) Andreas Troge hat die CDU/CSU vor einem Wechsel in der Atompolitik gewarnt. Neben der ungeklärten Entsorgungsfrage für Atommüll verwies Troge auf die Risiken des AKW-Betriebs. Längere Laufzeiten, wie sie die Union im Fall eines Wahlsiegs ankündigte, würden die notwendige Modernisierung von Kraftwerken verzögern. Auch das Argument, Kernkraft sei besser für den Klimaschutz, widerlegte der UBA-Chef. Wenn man Herstellung, Aufbereitung, Verwahrung, Betrieb und Transport mit berücksichtigt, dann habe auch die Atomenergie einen beachtlichen Kohlendioxid ausstoß. Auch das Versprechen von niedrigen Strompreisen durch Kernkraft sei unrealistisch.

Die Union hält trotz der Kritik des Experten und CDU-Mitglieds Troge an der geplanten Aufkündigung des Atomkonsenses fest. Längere Laufzeiten verbesserten die Gewinne der Konzerne, hieß es. Die Partei werde mit den Betreibern vereinbaren, dass sich das im Strompreis niederschlägt. Die großen Energieversorger teilen jedoch bereits mit, an Strompreissenkungen sei nicht gedacht.

Bei ihren Beratungen zum Wahlprogramm im Juli musste sich die CDU/CSU bereits mit dem Problem des Atommülls auseinandersetzen. Vor dem Tagungsort protestierten Greenpeace-Aktivistinnen gegen einen „Rückfall ins Atomzeitalter“. Die Umweltorganisation befürchtet, dass ein Kurswechsel in der Atompolitik der Beginn für den Neubau von AKW sein könnte. Auch die Gefahr von Terroranschlägen ignoriere die Union.

### Kein ausreichender Schutz von AKW vor Terroranschlägen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) monierte, dass fast 4 Jahre nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York immer noch keine ernsthaften Maßnahmen zur Sicherung von AKW gegen terroristische Angriffe ergriffen worden seien. Die deutschen Stromkonzerne haben nach Angaben des BBU nicht die Aufforderung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) befolgt, fünf besonders unsichere AKW vom Netz zu nehmen. Beispielsweise seien die Kup-

peln des AKW Biblis viel zu dünn, um dem Absturz eines Flugzeuges Stand zu halten. Ohnehin könne man in Betrieb befindliche Kraftwerke nicht vor Anschlägen schützen. Daher bleibe nur eine wirksame Maßnahme: die sofortige und endgültige Stilllegung. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-0, Fax  
eMail: pressestelle@uba.de  
www.umweltbundesamt.de

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Prinz-Albert-Str. 43, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 2140-32, Fax -33  
eMail: bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100  
eMail: mail@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

## Industrie will keinen verbindlichen Klimaschutz

### BDI: Kyoto-Protokoll „zu ehrgeizig“

Umweltverbände und Politiker/innen haben die Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zur Klimapolitik kritisiert. Mitte August bezeichnete BDI-Hauptgeschäftsführer Carsten Krekiau das Kyoto-Protokoll als „gescheitert“. Der Verband unterstütze vielmehr den USA-Vorschlag eines „Klimapaktes“, der statt fester Emissionsziele die Förderung klimafreundlicher Technologien vorsehe. Halte Deutschland am Kyoto-Protokoll fest, könne es durch „zu ehrgeizigen Klimaschutz“ seine Wettbewerbsposition verlieren, sagte Krekiau.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin widersprach dem Vorwurf, dass die Klimaschutz-Vereinbarungen Arbeitsplätze gefährdeten. Im Gegenteil habe sich der Emissionshandel, bei dem Unternehmen Zertifikate für den Ausstoß klimarelevanter Gase erwerben könne, zu einem „Motor der Technologieförderung und der Arbeitsplatzsicherung“ entwickelt.

### DNR empfiehlt Rohstoff sparende Produktion

DNR-Präsident Hubert Weinzierl nannte die BDI-Forderung einen Tiefpunkt der umweltpolitischen Glaubwürdigkeit. Angesichts der immer knapperen Vorräte an fossilen Energien empfahl er der Wirtschaft, verstärkt in Entwicklung und Herstellung Rohstoff sparender Produkte und Dienstleistungen zu investieren. Mit seiner Abkehr vom Kyoto-Protokoll verschleife der BDI diese Chance auf dem globalen Markt. Als Beispiel führte Weinzierl die Autoindustrie an. Diese solle bei den hohen Spritpreisen jetzt 3-Liter-Autos auf den Markt bringen, anstatt dies der ausländischen Konkurrenz zu überlassen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: info@dnr.de  
www.dnr.de

## Verkehr und Haushalte sollen Treibhausgase einsparen

### Neues Klimaschutzprogramm nimmt Bürger und Kraftfahrer in die Pflicht

Die Bundesregierung hat Mitte Juli ihr Klimaschutzprogramm 2005 beschlossen. Es sieht vor, dass vor allem im Verkehr und in den Privathaushalten der Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen eingedämmt werden soll. Industrie und Energiewirtschaft erreichten laut Bundesumweltministerium (BMU) 2005 erstmals die Klimaschutzziele, weil die Regierung Anfang des Jahres den Handel mit Treibhausgasen einführte. Zuvor waren trotz Selbstverpflichtung die Industrie-Emissionen angestiegen. Jetzt stünden jene Bereiche im Mittelpunkt des Klimaschutzprogramms, die nicht am Emissionshandel teilnehmen.

Für die Haushalte sollen die wirtschaftlichen Anreize zur Nutzung erneuerbarer Energien in Gebäuden verstärkt werden. Zudem sind die Novellierung der Energieeinsparverordnung und die Einführung eines Energiepasses für Gebäude geplant. Im Verkehr sollen die Weiterentwicklung der LKW-Maut und emissionsabhängige Landegebühren für Flugzeuge zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen. Außerdem will die Bundesregierung mehr herkömmliche Kraftstoffe durch Biokraftstoffe ersetzen. Sparsame PKW sollen weiterhin steuerlich gefördert werden.

### Bis 2012 hat Deutschland seine Hausaufgaben gemacht

Der BUND hält das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung für nicht ausreichend. Es sei nur auf die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll bis 2012 ausgerichtet, beinhalte aber nicht, wie die Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert werden könnten. Deutschland hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis 2012 um 21 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Laut BMU liegt der Rückgang inzwischen bei rund 19 Prozent. Deutschland werde wahrscheinlich das einzige EU-Land sein, das seine Klimaziele mit eigenen Maßnahmen erreichen werde.

### Union will Zertifikatesystem statt Emissionshandel

Sollte die CDU/CSU im Herbst die Regierung übernehmen, plant sie nach eigenen

Angaben den bestehenden Emissionshandel zum Erreichen der Kyoto-Ziele durch ein Zertifikatesystem abzulösen. Hintergrund sind Zweifel am Erfolg des Kyoto-Protokolls. Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostizierte den OECD-Staaten ein Steigen der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2010 um über 25 Prozent gegenüber 1990. Die Kyoto-Vereinbarung sieht eine Reduzierung um gut 5 Prozent vor. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

BUND, Klima-Referent Jan Kowalzig,  
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [jan.kowalzig@bund.net](mailto:jan.kowalzig@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

CDU, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 22070-0, Fax -111  
eMail: [info@cdu.de](mailto:info@cdu.de)  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de)

## Energieeinsparungsgesetz ebnet Energiepass den Weg

### Energetischer Zustand eines Hauses wird immer wichtiger für Mieter

Der Deutsche Mieterbund (DMB) hat das Energieeinsparungsgesetz, das im Juli den Bundesrat passiert hat, als ersten großen Schritt in Richtung Energiepass gelobt. Bis Ende des Jahres müsse die Energieeinsparverordnung beschlossen werden, damit ab 2006 in ganz Deutschland einheitliche, objektive und verständliche Energiepässe für Häuser erstellt werden, sagte der Direktor des DMB Franz-Georg Rips.

Angesichts drastisch steigender Energiepreise bekommt der Energiepass aus Sicht des Mieterbundes eine große Bedeutung. Die Frage nach dem energetischen Zustand des Gebäudes und damit die Frage nach den Betriebskosten werde für Käufer und Mieter immer wichtiger. Der Energiepass könne hier Transparenz und Klarheit schaffen. Außerdem könnten Eigentümer auf der Grundlage des Passes gezielte Investitionsentscheidungen zur Verbesserung der energetischen Qualität von Gebäuden treffen.

### Energiepass soll sich am Bedarf orientieren

Dafür müsse der künftige Energiepass objektive Daten über den Energiebedarf des Hauses enthalten. Der DMB plädierte deshalb für einen bedarfsorientierten Energiepass benötigt und nicht, wie teilweise von der Wohnungswirtschaft gefordert, einen verbrauchsorientierten. Auch der DNR hat sich in seinen Energieleitlinien 2004 für einen obligatorischen Energiepass ausgesprochen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Mieterbund, Littenstr. 10,  
10179 Berlin  
Tel. 030 / 22323-0, Fax -100  
eMail: [info@mieterbund.de](mailto:info@mieterbund.de)  
[www.mieterbund.de](http://www.mieterbund.de)

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53117  
Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## Energiewirtschaftsgesetz ordnet Strom- und Gasmarkt

### Bundesnetzagentur kontrolliert regulierten Zugang zu den Netzen

Seit Mitte Juli ist das „Zweite Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts“ in Kraft. Es verpflichtet u. a. alle Netzbetreiber, ihre Netze „diskriminierungsfrei“ gegen angemessenes Entgelt zur Verfügung zu stellen. Der regulierte Netzzugang löst das bisherige Prinzip des verhandelten Netzzugangs ab. Das Gesetz soll für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt sorgen. Mit der Novelle wurden Richtlinien der EU umgesetzt. Außerdem wurden die Aufgaben der neuen Bundesnetzagentur definiert, die den reibungslosen Zugang zu den Strom- und Gasversorgungsnetzen gewährleisten soll.

### NABU: Stromkennzeichnung nicht transparent genug

Der NABU kritisierte, dass bei der Neufassung des Gesetzes die Stromkennzeichnungspflicht eingeschränkt wurde. Das sei ein schwerer Rückschlag für Verbraucherschutz und Wettbewerb. Zu mehr Wettbewerb zähle auch mehr Transparenz für Verbraucher/innen durch eine detaillierte Aufschlüsselung der Energieträger auf der Stromrechnung sowie Kostenangaben zu Steuern und Abgaben.

### Nachteil für Erneuerbare Energien

Damit wäre es erstmals möglich gewesen, die Qualität des Stroms zu vergleichen und sich bewusst für einen Anbieter mit einem klimafreundlichen Strommix zu entscheiden. Außerdem hätte das Vorurteil widerlegt werden können, dass die Förderung der Erneuerbaren Energien zu erhöhten Kosten für die Kunden führe. Vermutlich müssten die Erneuerbaren Energien wieder als Vorwand für Preiserhöhungen herhalten, befürchtet der NABU. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200  
eMail: nabu@nabu.de  
www.nabu.de

## Kurzmeldungen

### Mehr als ein Zehntel der Stroms wird aus erneuerbaren Energien gewonnen

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Deutschland ist auf elf Prozent gestiegen. Das ergaben Schätzungen des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) im Sommer. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden demnach aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse insgesamt 31 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Das waren 13 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2004. Fast die Hälfte des Ökostroms entfiel auf Windkraft. (mbu)  
VDEW, Tel. 030 / 726147-0,  
www.strom.de

### München Energiesparkommune 2005

München ist unter den Großstädten die diesjährige Siegerin beim Wettbewerb „Energiesparkommune“ der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Die Bayernmetropole überzeugte v. a. mit innovativen Energiesparkonzepten und -maßnahmen in ihren Liegenschaften und in der Siedlungsentwicklung. So konnte der Energieverbrauch der städtischen Liegenschaften zwischen 1998 und 2003 um 12 Prozent gesenkt werden. In der Teilnehmerklasse zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern gewann die badische Stadt Rastatt (50.000 Einwohner). Dort konnte der Energieverbrauch der kommunalen Liegenschaften zwischen 1998 und 2003 um mehr als ein Fünftel (21 Prozent) reduziert werden. (mbu)  
DUH, Tel. 07732 / 9995-0, www.duh.de

### Journalistenpreis Erneuerbare Energien

Die Informationskampagne für Erneuerbare Energien in Berlin hat zum ersten Mal einen Journalistenpreis für Beiträge zu Erneuerbaren Energien ausgeschrieben. Interessenten erhalten weitere Informationen bei der Kampagnenassistenz. (mbu)  
Informationskampagne für Erneuerbare Energien, Tel. 030 / 200535-55,  
www.unendlich-viel-energie.de

### Mit dem Floß gegen Vielfliegerei

Robin Wood hat mit einem selbstgebauten Floß und einer Kletteraktion im August gegen „Vielfliegerei“ und für den Klimaschutz demonstriert. Die Organisation verwies auf Untersuchungen im Auftrag der EU-Kommission, wonach der Anteil des Flugverkehrs am globalen Treibhauseffekt mittlerweile fast neun Prozent be-

trägt. Nach Informationen von Robin Wood nimmt der Flugverkehr in Deutschland jedes Jahr um fünf Prozent zu. Billigangebote und der Vertrieb von Tickets über Discounter verleiteten immer mehr Menschen zum Fliegen. Die Folgen des Klimawandels sind nach Auffassung von Robin Wood längst zu erkennen. Dazu zählten immer häufiger auftretende extreme Wetterereignisse wie Stürme und Überschwemmungen, ein steigender Meeresspiegel und abschmelzendes Eis in der Arktis. (mbu)

Robin Wood, Tel. 0421 / 598288,  
www.flosstour.de

### Garzweiler II jetzt vor dem Bundesverwaltungsgericht

Der umstrittene Braunkohlentagebau Garzweiler II beschäftigt jetzt das Bundesverwaltungsgericht (BverwG) in Leipzig. Mit Unterstützung des nordrhein-westfälischen BUND-Landesverbandes legte ein Privatkläger Anfang August Revision gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster (OVG) vom Juni zum Rahmenbetriebsplan Garzweiler I/II der RWE Power AG ein. Der BUND hatte selbst im Juli Klage gegen Garzweiler II eingereicht. Bei diesem Rechtsstreit geht es um die Frage, ob die Enteignung privaten Eigentums zugunsten der RWE Power AG verfassungsrechtlich zulässig ist. Außerdem müssen die Richter klären, ob die fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung rechtswidrig ist. (mbu)  
BUND-NRW, Tel. 0211 / 302005-22,  
www.bund-nrw.de/braunkohle

### Deutsche-Bank-Studie: Biomasse als Alternative zum Öl

Biokraftstoffe sind nach einer Studie der Deutschen Bank ab einem Ölpreis von 100 Dollar pro Barrel konkurrenzfähig, und zwar mit heutiger Technik und ohne Subventionen. Biomasse sei ein „Megathema“, sagte Chefvolkswirt Norbert Walter. Biomasse erbringt in Deutschland derzeit 2,3 Prozent des Primärenergieverbrauchs. Allerdings rechnet die Deutsche Bank momentan nicht mit einem Anstieg der Ölpreise Richtung 100 Dollar, sondern prognostiziert für 2006 einen Rückgang auf 54 Dollar. (mbu)  
Deutsche Bank, Tel. 069 / 910-00,  
www.deutsche-bank.de

## Lesenswert

### **Energieautonomie - eine neue Politik für erneuerbare Energien**

In seinem neuen Buch analysiert der Eurosolar-Präsident und SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer den Status quo der Energiepolitik und präsentiert Lösungen der globalen Energie- und Wirtschaftskrisen. Der Verbrauch fossiler Ressourcen wird nach Einschätzung des Autors in den nächsten 50 Jahren um 80 Prozent steigen. Der einzige Ausweg sei der Umstieg auf erneuerbare Energien. Der Alternativ-Nobelpreisträger sieht den Grundkonflikt des 21. Jahrhunderts im „Duell“ zwischen atomaren und fossilen Brennstoffen und erneuerbarer Energie. Wer an Kohle, Gas- und Atomenergie festhält, riskiert laut Scheer Wirtschaftskrisen und Kriege um Energierohstoffe. Das Buch will ein konkreter Leitfaden für die Ablösung atomarer und fossiler Energiegewinnung sein. (mbu)

Hermann Scheer: Energieautonomie - Eine neue Politik für erneuerbare Energien, Verlag Antje Kunstmann, München 2005, 316 Seiten; 19,90 Euro; ISBN: 3-88897-390-2

### **Weltmacht Energie**

Wer die Energie hat, hat die Macht. Das Buch „Weltmacht Energie“ zeigt, welche zentrale Rolle die Energie spielt - national und auch für die gesamte Weltordnung. Der Energiebedarf, so die Autoren, wachse ungezügelt weiter; alle wollten billige Energie im angeblich freien, tatsächlich aber hoch monopolisierten Wettbewerb. Ohne ein Umsteuern, steige die Macht der Energiemultis, gebe es weitere Umweltkatastrophen, lautet eine der Thesen. Um die knapper werdende Energie entstünden explosive Konflikte. Die Verfasser konstatieren einen Wendepunkt. Die Menschheit müsse entscheiden, wie sie die Weltmacht Energie einsetzen will: zum Wohle aller oder zum Vorteil für wenige. Hennicke und Müller skizzieren mögliche Wege. Dabei könne Deutschland eine Schlüsselrolle einnehmen. Zentrales Ziel sei, die drei Zukunftssäulen - Energiesparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien - aufzubauen. (mbu)

Peter Hennicke/Michael Müller: Weltmacht Energie. Herausforderung für Demokratie und Wohlstand, S. Hirzel Verlag, Stuttgart 2005, 279 S., 29,- Euro; ISBN: 3-7776-1319-3

### **Was Strom aus erneuerbaren Energien wirklich kostet**

Eine neue Broschüre des Bundesumweltministeriums (BMU) beschäftigt sich mit den Strompreisen in Deutschland und weist nach, dass der Vorwurf, dies liege am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), unhaltbar ist. Die Preisspirale beim Strom hat laut BMU ganz andere Ursachen. Den Löwenanteil an den Strompreissteigerungen haben die Kosten für Stromerzeugung und Stromtransport, so die Autoren. Zwischen 59 und 82 Prozent betrug ihr Anteil an den jährlichen Preissteigerungen seit 2001. Dieses Jahr werden es voraussichtlich sogar 85 Prozent sein. Außerdem liegen die Netznutzungsentgelte, die 30 bis 40 Prozent des Strompreises ausmachen, in Deutschland weit über dem EU-Durchschnitt. Strom aus Wind, Sonne und Biomasse wird durch eine Umlage auf die Stromrechnung der Haushalte gefördert. Für einen dreiköpfigen Musterhaushalt war das im vergangenen Jahr 1,50 Euro pro Monat. Auf die Kilowattstunde umgerechnet machte dies rund 3 Prozent bzw. rund 0,5 Cent je kWh Haushaltsstrom aus - ein Anstieg von etwa einem Zehntelcent gegenüber 2003. Der Anteil der Erneuerbaren am Haushaltsstrompreis ist also vernachlässigbar gering. (mbu)

Was Strom aus erneuerbaren Energien wirklich kostet, Broschüre Nr. 2119; kostenlos; Hrsg./Bezug: BMU, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 11055 Berlin; [www.bmu.de/35733](http://www.bmu.de/35733)

■

## Immer mehr gentechnikfreie Regionen in Deutschland

### Fläche ohne Gentechnik-Anbau fast fünfmal so groß wie das Saarland

Die Landwirt/innen und Kommunalvertreter/innen, die ihre Anbauflächen und Gemeindegebiete frei von Gentechnik halten wollen, werden immer mehr. Über 16.000 Bäuerinnen und Bauern in 69 Regionen verpflichteten sich nach Angaben des Projekts „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“ zu einer gentechnikfreien Produktion (Stand August 2005). Die ohne Gentechnik bewirtschaftete Fläche belief sich danach auf 1,25 Millionen Hektar. Insgesamt werden in Deutschland 17 Millionen Hektar Boden landwirtschaftlich genutzt.

Die Mehrheit der EU-Bürger/innen lehnt Gen-Food ab, wie regelmäßige Verbraucherumfragen der Europäischen Kommission ergaben. Laut der Studie Eurobarometer wollen gut 70 Prozent der Deutschen keine genveränderte Mahlzeit auf dem Teller haben. Dieser Prozentsatz ist seit Jahren konstant. Die zahlreichen Initiativen gegen Gen-Food koordinieren sich bundesweit unter anderem über den Infodienst Gentechnik oder über das Netzwerk Gentechnikfreie Landwirtschaft.

### Eberswalde ist erste „Gentechnikfreie Kommune“ Ostdeutschlands

Mitte 2005 hat die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde (Brandenburg) beschlossen, dass auf ihrem Gemeindegebiet keine Gentechnik eingesetzt werden soll. Die Landwirte und die Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen sollten sich zur gentechnikfreien Produktion bekennen und sich der gentechnikfreien Region Uckermark-Barnim anschließen, hieß es in einem Antrag der Linkspartei. Damit darf sich Eberswalde ab sofort erste „Gentechnikfreie Kommune“ Ostdeutschlands nennen. Die Region erhofft sich einen Marketingvorteil durch ihre Selbstverpflichtung. Die Unterstützer der gentechnikfreien Erzeugung können ihre Produkte mit der Marke „gentechnikfreie Region Uckermark-Barnim“ kennzeichnen.

### Gentechnikfreie Modellregionen: Projekt des Monats

Sieben Modellregionen, die am Projekt „Regionen Aktiv“ teilnehmen, haben sich zum Netzwerk „Gentechnikfreie Modellregionen“ zusammengeschlossen: Wendland/Elbetal, Barnim/Uckermark, Östliches

Ruhrgebiet, Hohenlohe, Landkreis Reutlingen, Donautal und Chiemgau-Inn-Salzach. Alle setzen sich mit Projekten für eine Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft in ihren Regionen ein. Dieses Bündnis wurde von anderen Regionen-Aktiv-Akteuren zum „Projekt des Monats Juni 2005“ gewählt.

### Rhönbauern wollen keine manipulierte Landwirtschaft

Neben den hessischen Gemeinden Baumdach, Kaufungen und Starkenburg haben sich auch in der Rhön über 1.000 Bauern mit ihrer Unterschrift zu gentechnikfreier Landwirtschaft bekannt. Die 63.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Biosphärenreservat Rhön sollen mindestens für die nächsten drei Jahre gentechnikfrei bleiben. Das Mittelgebirge liegt in Hessen, Bayern und Thüringen. Die Verzichtserklärung wird u. a. von der länderübergreifenden Verwaltung des Biosphärenreservats Rhön sowie dem hessischen Bauernverband unterstützt.

### Rügen wird Deutschlands viertgrößte genversuchsfreie Zone

Auf der größten deutschen Insel sollen nach dem Willen der Landwirte dort keine gentechnisch veränderten Pflanzen wachsen dürfen. Nach München, der Uckermark und der Rhön wird Rügen die viertgrößte genversuchsfreie Zone in Deutschland. Wie in den anderen Regionen sind hier viele Bauern der Auffassung, dass die Risiken der grünen Gentechnik für die Gesundheit und Umwelt nicht abschätzbar sind. Auch im übrigen Mecklenburg-Vorpommern entschieden sich zahlreiche Landwirte dafür, gentechnikfrei zu arbeiten.

### Vorreiterrolle von NRW-Milchbauern

Auch im bevölkerungsreichsten sowie im kleinsten Bundesland wird es Gebiete geben, in denen Milch, Getreide, Obst und Gemüse ohne Gen-Manipulation erzeugt werden. Im Saarland forderten die Grünen alle Verbände, die keine Gentechnik wollen, auf, sich zusammenzuschließen. Milcherzeuger im nordrhein-westfälischen Sauerland bieten seit Juni ihre Produkte mit dem Logo „Bergweide ohne Gentechnik“ an und hoffen auf einen guten Absatz sowie einen bundesweiten Nachahmeffekt.

Selbstverpflichtungserklärungen zur Schaffung einer gentechnikfreien Region findet man u. a. auf der Website des Bunds für Ökologische Lebensmittelwirt-

schaft (BÖLW). Aufrufe zum Mitmachen sowie Willenserklärungen für gentechnikfreie Produktion bietet die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) an. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Netzwerk Gentechnikfreie Landwirtschaft, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
Tel. 02381-9053170, Fax -492221  
eMail: info@abl-ev.de  
www.abl-ev.de/gentechnik

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309,  
eMail: info@boelw.de  
www.boelw.de

Infodienst Gentechnik, c/o Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 284823-04, Fax -09  
eMail: info@keine-gentechnik.de  
www.keinegentechnik.de

Projekt Gentechnikfreie Regionen in Deutschland (Kooperation zwischen BUND, AbL und Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen (IAW))  
www.gentechnikfreie-regionen.de

## Unions-Pläne zur Agro-Gentechnik unklar

### **BUND kritisiert „Vertuschungstaktik“**

Der BUND hat das Wahlprogramm von CDU/CSU als einen großen Schritt rückwärts für den Natur- und Umweltschutz kritisiert. Die Spitzen von CDU/CSU wollten u. a. „freie Fahrt für die Gentechnik in der Landwirtschaft“, lautet ein Vorwurf. Ziel der Union sei es, Umweltstandards zu senken und den Schutz der Verbraucher/innen wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen. Allerdings gebe es im Programm der Konservativen dazu kaum genaue Aussagen. Die Union will nach Ansicht des BUND ihre angekündigte Offensive zur Agro-Gentechnik nicht mehr offen vertreten, sondern versuche mit einer Vertuschungstaktik, die Wähler/innen nicht zu beunruhigen.

Bei dem Konzept „Vorfahrt für Arbeit“ komme der Umwelt- und Gesundheitsschutz unter die Räder, sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt. Ein Durchbruch der Gentechnik auf den Äckern würde den Verbraucher/innen die Möglichkeit nehmen zu entscheiden, ob sie sich gentechnikfrei ernähren wollen oder nicht. In der Landwirtschaftspolitik setze CDU/CSU auf „Masse statt Klasse“, blockiere Reformen und stelle Wirtschaftsinteressen über den Natur-, Tier- und Verbraucherschutz.

### **Weniger Umweltschutz bringt nicht mehr Arbeitsplätze**

Zahrt mahnte, Natur- und Umweltschutz seien kein Luxus, auf den man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verzichten könne. Weniger Natur- und Umweltschutz bringe nicht mehr Arbeitsplätze, sondern bedrohe unsere Gesundheit und die Zukunft künftiger Generationen. (mbu) ■

#### ● **Weitere Informationen**

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [info@bund.net](mailto:info@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

## Polizei blockiert „Freiwillige Feldbefreiung“

### **Erste „Gendreck-weg“-Aktion fand in Brandenburg statt**

Eine am letzten Julisonntag geplante „Freiwillige Feldbefreiung“ in Strausberg bei Berlin ist von der Polizei weitgehend verhindert worden. Gut 300 Demonstrant/innen hatten sich zu der Aktion versammelt. Die Initiator/innen wollten ein Feld, auf dem genmanipulierter Mais wächst, „abernten“. Anders als ähnliche Aktionen anderer Gentechnik-Gegner/innen wurde diese vorab der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Die Polizei setzte mehrere Hundertschaften sowie Hubschrauber und Hunde ein. Einigen wenigen Demonstrant/innen gelang es, rund 600 Quadratmeter Genmais zu zerstören. Etwa 70 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Mit dieser Form zivilen Ungehorsams, die u. a. in der Anti-AKW-Bewegung entwickelt wurde, will die Initiative auf die Mehrheitsmeinung zur grünen Gentechnik aufmerksam machen und die Parteien zwingen sich dazu klar zu positionieren. Laut Umfragen lehnen mehr als zwei Drittel aller Deutschen genveränderte Produkte ab.

Die „Feldbefreiungen“, die auch von Prominenten wie dem Greifswalder Ökologieprofessor Michael Succow und der indischen Wissenschaftlerin Vandana Shiva unterstützt werden, sollen weitergehen. Anfang September fanden in Berlin eine Demonstration und ein Strategietreffen mit dem kanadischen Bauern Percy Schmeiser sowie Gentechfrei-Aktivisten aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz statt. (mbu, mb) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Bürgerinitiative Gendreck weg, Jürgen Binder, PF 41, 72101 Rottenburg  
Tel. 07472 / 442370  
eMail: [aktion@gendreck-weg](mailto:aktion@gendreck-weg)  
[www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)

## Lesenswert

### **Broschüre über Gentechnikeinsatz in der Landwirtschaft**

„Informationen für Bäuerinnen und Bauern zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft“ enthält eine gleichnamige Broschüre des BUND. Vor allem Landwirt/innen finden darin Informationen, um sich ein umfassendes Bild von der Gentechnologie zu machen. Es geht um Fragen wie: Was ist dran an den Versprechen der Gentechnik-Firmen? Lassen sich mit Gentech-Pflanzen tatsächlich höhere Erträge erzielen? Und schließlich: Ist eine gentechnikfreie Produktion überhaupt möglich? (mbu)

BUND (Hrsg.): Informationen für Bäuerinnen und Bauern zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft, 2005; kostenloser Bezug: BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin; eMail: [fairenachbarschaft@bund.net](mailto:fairenachbarschaft@bund.net); Tel. 030 / 27586456

### **„Den Schatz bewahren“**

Mit diesem Buch hält die Ärztin Angela von Beesten ein Plädoyer für die gentechnikfreie Landwirtschaft. Die Beiträge verschiedener Autoren, die von Beesten zusammengestellt hat, geben einen Einblick in die Vielfalt gentechnischer Anwendungen und skizzieren damit verbundene Hoffnungen, Interessen und Gefahren. Die Texte wollen die Diskussion über Risiken und Grenzen, Wünschbarkeit und Verantwortbarkeit der Gentechnik anregen. Das Buch richtet sich auch an Leser/innen, die Anregungen suchen, aktiv zur Erhaltung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Förderung der Ernährungskultur beizutragen. (mbu)

Angelika von Beesten u.a.: Den Schatz bewahren - ein Plädoyer für die gentechnikfreie Landwirtschaft, 2005, 200 S., 7,- Euro zzgl. Porto; Bezug: Sambucus e. V., Fax 04267-8243, [info@sambucus.org](mailto:info@sambucus.org), [www.sambucus.org](http://www.sambucus.org) ■

## Woche der Zukunftsfähigkeit

### Grüne Liga will „Lust auf Zukunft“ machen

Zum vierten Mal veranstaltet die Grüne Liga in Zusammenarbeit mit der Berliner Ufa-Fabrik vom 18. bis 25. September die Woche der Zukunftsfähigkeit. Unter dem Motto „Lust auf Zukunft“ will die Kampagne möglichst vielen Bürger/innen die Ziele und konkreten Beispiele für nachhaltige Entwicklung nahe bringen. Zahlreiche Aktivitäten finden bundesweit und bei europäischen Partnern statt.

► Jede/r kann sich mit Aktionen an der Woche beteiligen und seinen Weg der nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 21 darstellen. Im Mittelpunkt steht dabei die Nähe zum Publikum, um die Woche lebendig und anregend zu gestalten.

Teilnehmer/innen können beispielsweise auf Erfolgsbeispiele und schon vorhandene Initiativen aufmerksam machen oder eigene Projekte bei einem Tag der offenen Tür vorstellen. Aber auch Führungen und Exkursionen, Wettbewerbe, Ausstellungen oder Wanderungen sind gute Beispiele, um die Besucher/innen für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Den Ideen sind keine Grenzen gesetzt.

Die Veranstalter unterstützen Interessierte mit Öffentlichkeitsarbeit für Veranstaltungsangebote und zusätzlich mit Werbematerialien. Zudem helfen sie bei der Aufbereitung der Aktionen für die Medien- und Pressearbeit sowie bei der Vermittlung von Ansprechpersonen. Ein gemeinsamer Veranstaltungskalender im Internet informiert über alle in der Woche stattfindenden Events. (db) ■

### • Weitere Informationen

Grüne Liga Berlin, Traute Fiedler,  
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-64, Fax -33  
eMail: week@grueneliga.de  
www.woche-der-zukunftsfähigkeit.de  
www.grueneliga.de/berlin

Ufa-Fabrik/id22, Dr. Michael LaFond,  
Viktoriastraße 10-18, 12105 Berlin  
Tel. 030 / 755031-89, Fax -85  
eMail: week@id22.de  
www.id22.de

## Wegweiser Nachhaltigkeit

### Zweite Zwischenbilanz zur rot-grünen Nachhaltigkeitsstrategie

Eine zweite Zwischenbilanz zur Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung ist im August von Umweltminister Jürgen Trittin mit dem „Wegweiser Nachhaltigkeit 2005“ vorgestellt worden. Dieser behandelt u. a. Deutschlands Strategien für die Energiewende und den Schutz der Biodiversität. Für den Umweltminister ruht eine nachhaltige Energiepolitik auf zwei Eckpfeilern: Auf der Steigerung von Energie-Effizienz und auf einem kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Zurzeit betrage der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch noch 11 Prozent. Dieser Anteil solle sich aber bis 2020 auf 20 Prozent erhöhen. Erreichbar sei dieses Ziel u. a. mit dem Ausbau der Windenergie vor allem im Off-Shore-Bereich, sagte der Minister.

### Trittin: Schutz der Biodiversität schafft Arbeitsplätze

Ein weiteres wichtiges Thema innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie ist die Erhaltung und der Schutz der biologischen Vielfalt. Dazu sagte der Umweltminister: „Wir wollen die Konfrontation zwischen ‚Schützen‘ und ‚Nützen‘ der Natur nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis überwinden.“ Als Beispiel nannte er den Tourismus, der besonders auf eine intakte Natur und Umwelt angewiesen sei. Gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen komme Groß-Schutzgebieten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen eine besondere Bedeutung zu. Der Umweltminister kündigte eine gesonderte „nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ an. (db) ■

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: presse@bmu.bund.de  
www.bmu.de

## Wahlprogramme von Union und SPD scharf kritisiert

### BUND: CDU/CSU will Umweltstandards senken

Der BUND hat die Wahlprogramme von Union und SPD scharf kritisiert. Vor allem das „Regierungsprogramm 2005 - 2009“ der Union sei ein Plädoyer für weniger Natur- und Umweltschutz. Mit einer Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und Befürwortung der Gentechnik in der Landwirtschaft plane die Union Umweltstandards in den nächsten Jahren drastisch zu senken und den Schutz der Verbraucher/innen wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen.

### SPD: Nicht als gute Absichten?

Im Wahlmanifest der SPD seien zwar viele Formulierungen zu finden, die darauf hindeuteten, dass sie den Natur- und Umweltschutz als wichtig erachte. Allerdings verzichte die Partei durchweg darauf, konkrete Ziele und Maßnahmen zu benennen. So fehle ein klares Bekenntnis, ob die SPD auch künftig für eine garantiert gentechnikfreie Ernährung eintreten wolle. Stattdessen sehe sie in der Bio- und Gentechnologie einen Wachstumsmotor. In der Verkehrspolitik sei die SPD zudem ökologisch völlig ambitionsfrei.

### Zukunftsfähige Arbeitsplätze sollen nicht geopfert werden

Der BUND forderte die beiden Parteien auf, Umwelt und Beschäftigung nicht gegeneinander auszuspielen. Vielmehr müssten die Arbeitsmarktpotentiale im Natur- und Umweltschutz ausgeschöpft und umweltschädliche Subventionen abgebaut werden. Dort, wo in den letzten Jahren viele zukunftsfähige Arbeitsplätze entstanden seien - zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien und im Ökolandbau - dürfe die Entwicklung nicht rückgängig gemacht, sondern verstärkt werden. (db) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: info@bund.net  
www.bund.net

## Wahlkompass Umwelt

### Greenpeace befragte Spitzenpolitiker/innen

Nutzt Joschka Fischer Ökostrom? Was hält Franz Müntefering von Gentechnik? Was ist für Volker Kauder die größte Umweltgefahr? Diese und andere Fragen hat Greenpeace den Spitzenpolitiker/innen der fünf großen Parteien gestellt und dazu im August einen „Wahlkompass Umwelt“ veröffentlicht. Die Broschüre bietet eine schnelle Orientierung, wie sich die Parteien bei der aktuellen Diskussion um wichtige Umweltthemen unterscheiden.

### Persönliche Einschätzung sieht anders aus

Bis auf die Atomkraft klammerten die Parteien Umweltprobleme weitgehend aus dem Wahlkampf aus oder versuchten Umweltschutz als Hindernis für die Wirtschaft darzustellen. In der Broschüre stellt Greenpeace die Aussagen der Politiker/innen den Fakten gegenüber. So isst SPD-Parteivorsitzender Franz Müntefering lieber keine genveränderten Lebensmittel. Außenminister Joschka Fischer plädiert für ein europaweites Tempolimit auf Autobahnen und CDU-Generalsekretär Volker Kauder kann sich vorstellen, Autos in Europa nicht mehr nach Hubraum, sondern nach Spritverbrauch zu besteuern.

Greenpeace hat neben dem Wahlkompass noch eine weitere Initiative im Internet gestartet: Die Verbraucherorganisation von Greenpeace „EinkaufsNetz“ ruft dazu auf, die eigenen Bundestagskandidat/innen zu befragen, wie diese zu Gentechnik und Atomkraft stehen. 200 Antworten von über 800 befragten Kandidat/innen sind bereits im Internet abrufbar. (db) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100  
eMail: mail@greenpeace.de  
www.greenpeace.de/wahlkompass  
www.einkaufsnetz.org

## Öko-Rollback in NRW?

### Neuer Agrarminister will Natur- und Umweltschutz einschränken

Der neue Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen Eckhard Uhlenberg (CDU) plant einen Wandel in der Umweltpolitik. Dafür sollen u. a. das Verbandsklagerecht eingeschränkt und der Landwirtschaft Vorrang vor dem Umweltschutz gewährt werden.

Die Ankündigung, den Verbänden nur noch Klagerecht für Planfeststellungsverfahren zu gewähren, stehe im Widerspruch zu verbindlichen europarechtlichen Vorgaben, erklärte der BUND NRW.

### BUND: Umweltschutz schafft Jobs

Errungenschaften von Rot-Grün wie die Förderung des Öko-Landbaus drohten z. B. durch die angekündigten Einschnitte beim Tierschutz zunichte gemacht zu werden. Auch das Bekenntnis der Landesregierung zur Grünen Gentechnik setze sich über die Meinung von 70 % der Bevölkerung hinweg. Genauso sei die Behauptung Uhlenbergs, die Umweltschutzpolitik von Rot-Grün sei eine Wachstumsbremse gewesen, nicht haltbar. Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien und der Umweltechnik seien zehntausende Arbeitsplätze allein in NRW geschaffen worden.

### NABU: Rückfall beim Hochwasserschutz

Der NABU NRW kritisierte, die geplante Hochwasserschutzpolitik der neuen Landesregierung nach dem Motto „Gefahrenabwehr statt gestaltende Ökologie“ beschränke sich nur noch auf Symptombehandlung. Die angekündigte Beschränkung der Überschwemmungsgebiete werde das Hochwasserrisiko an nordrhein-westfälischen Flüssen nur noch weiter verschärfen. (db) ■

### • Weitere Informationen

BUND NRW, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 302005-22, Fax -26  
eMail: dirk.jansen@bund.net  
www.bund-nrw.de

NABU NRW, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 159251-0, Fax -15  
eMail: info@nabu-nrw.de  
www.nabu-nrw.de

## DBU-Jahresbericht 2004: 300 Projekte unterstützt

### Fördergelder vor allem für mittelständische Unternehmen

2004 hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) nahezu 300 Projekte unterstützt. Mehr als sechzig Prozent der Fördergelder kamen den mittelständischen Unternehmen zu gute. Diese haben teilweise in Kooperation mit Forschungsinstituten und Universitäten vornehmlich Projekte zum produktionsintegrierten Umweltschutz umgesetzt.

### Partikelfilterentwicklung schon seit zehn Jahren gefördert

So hat die Stiftung beispielsweise emissionsfreie Beschichtungen für Solarabsorber in Sonnenkollektoren gefördert. Die Entwicklung des Partikelfilters fördert die DBU bereits seit 1995, als das Thema Feinstaub noch nicht breit diskutiert wurde. Mess- und Anzeigeegeräte, die den Energieverbrauch auf ein Fünftel senken, und Wäschetrockner, die nur noch die Hälfte Strom verbrauchen, sind weitere Beispiele.

Auch Förderaktivitäten für eine nachhaltige Landwirtschaft und eine umweltgerechte Landnutzung wie die Verringerung von Emissionen, Minderung der Bodenerosion oder biologischer Pflanzenschutz hat die Stiftung unterstützt. Aufgrund des anhaltenden Rückgangs der Biodiversität sind zudem die Verbundvorhaben „Lebensraum Börde“ und „Brachen als Lebensraum“ initiiert worden.

### Neuer Schwerpunkt Umweltbildung

Eine weitere Initiative der Stiftung ist das seit April 2003 laufende „Graslöwen TV“, das Kindern ökologische Themen altersgerecht und unterhaltsam vermitteln soll. In der Umweltbildung sollen u. a. methodische Innovationen bei Kinder- und Jugendprojekten, die Stärkung der Freiwilligenarbeit sowie die Ausrichtung schulischer Umweltbildung vorrangige Aufgaben der Zukunft sein. (db) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Os-nabrück  
Tel. 0541 / 9633-0, Fax -190  
eMail: info@dbu.de  
www.dbu.de

## Wirtschaftsminister wollen Umweltauflagen aufweichen

### Rehberger (Sachsen-Anhalt): Gesetze zu wirtschaftlichsfreundlich

Zum Abschluss einer Konferenz im Juni haben die Wirtschaftsminister/innen der Bundesländer eine Entschärfung von Umweltschutzregeln sowie schnellere Prüfverfahren bei Investitionen gefordert. So beklagte Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP), viele neue Gesetze seien sehr stark ökologisch geprägt gewesen, ohne dabei wirtschaftliche Belange zu berücksichtigen. Auch bei der Umsetzung von EU-Richtlinien dürften „nicht noch alle möglichen zusätzlichen Erschwernisse draufgepackt werden“, wie z. B. beim Gentechnikrecht. Hoffnung setzt Rehberger deshalb in einen neuen Bundestag.

### Rechte der Verbände sollen eingeschränkt werden

Ferner appellierten die Wirtschaftsminister/innen an den Bund, Planungsverfahren bei Investitionsprojekten zu beschleunigen und dafür die Behörden für Anhörungs- und Planfeststellungsverfahren zusammenzulegen. Bei strittigen Projekten muss nach Meinung von Rehberger eine höchstrichterliche Instanz genügen. Darüber hinaus dürfe es bei der Frist für Anhörungen keine Sonderregelungen für Naturschutzverbände geben. (db) ■

### • Weitere Informationen

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit  
Sachsen-Anhalt, Christiane Fuchs,  
Hasselbachstr. 4, 39104 Magdeburg  
Tel. 0391 / 567-4371, Fax -4449  
eMail: fuchs@mw.lsa-net.de  
www.sachsen-anhalt.de/LPSA/?id=31

## Informationsfreiheitsgesetz hat Bundesrat passiert

### Gesetz mit vielen Ausnahmen

Anfang Juli hat der Bundesrat das umstrittene und lang umkämpfte Informationsfreiheitsgesetz (IFG) passieren lassen (DRB 02.05, S. 17). Wie geplant soll es zum Januar 2006 in Kraft treten. Journalist/innen-Organisationen, Transparency International und die Humanistische Union bezeichneten das Gesetz als notwendig und überfällig. Der lange Katalog der Ausnahmen vom Transparenzgebot zeige jedoch, wie erbittert der Widerstand aus der Verwaltung gewesen sei, bedauerte das Netzwerk Recherche. Der Deutsche Journalisten-Verband zeigte sich hingegen erleichtert, dass das Gesetz „nicht wahltaktischen Manövern zum Opfer gefallen ist“.

Datenschützer/innen nannten die Entscheidung des Bundesrates „ein klares Signal für die Bundesländer, die noch kein IFG haben“. Landes-Informationsfreiheitsgesetze gibt es bereits in Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Damit das IFG keiner Zustimmung durch den Bundesrat bedarf, hat Rot-Grün den Anwendungsbereich des Gesetzes auf Bundesbehörden beschränkt. (db) ■

### • Weitere Informationen

Transparency International - Deutsches Chapter, Alte Schönhauser Straße 44, 10119 Berlin  
Tel. 030 / 549898-0, Fax -22  
eMail: office@transparency.de  
www.transparency.de

Humanistische Union, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 204502-56, Fax -57  
eMail: info@humanistische-union.de  
www.humanistische-union.de

## Nachhaltigkeit im Spiel lernen

### Fish Banks: Virtueller Fischfang

Fish Banks Ltd. ist ein computergestütztes Simulationsspiel, das von dem US-amerikanischen Umweltwissenschaftler Dennis Meadows entwickelt worden ist. Als Manager/innen einer Fischereigesellschaft haben die Teilnehmer/innen die Aufgabe möglichst gewinnbringend zu wirtschaften. Dazu muss jedes Team Daten analysieren und Entscheidungen treffen. Ein Computerprogramm kalkuliert die finanziellen Transaktionen und informiert die Mitspieler/innen über die Entwicklung der Fischpopulation. Kommunikation innerhalb der Teams ist wichtig. Verhandlungen müssen geführt und Entscheidungen gemeinsam getroffen werden.

Nach sechs bis zehn Jahren Spieldauer bzw. Spielrunden werden die Fischereigesellschaften mit einem schwerwiegenden ökologischen und ökonomischen Problem konfrontiert - der Überfischung. Wie auch in der Realität ist diesem Problem nur mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu begegnen. Das Spiel ist dementsprechend auch auf andere Ressourcen wie den Regenwald oder fruchtbaren Ackerboden übertragbar.

In der anschließenden Auswertungsphase werden Spielverlauf, Strategien und Kommunikationsverhalten diskutiert. Je nach Zielgruppe und Trainingsziel stehen verschiedene Aspekte wie Team- und Organisationsentwicklung, Nachhaltigkeit und Umweltbildung im Vordergrund. (db) ■

### • Weitere Informationen

TuWas Bundesverband, Haidenau-  
platz 2, 81667 München  
Tel. 089 / 599467-70, Fax -71  
eMail: info@tuwas.net  
www.tuwas.net

## Experten-Datenbank Nachhaltigkeit

### 2300 Profile von Fachleuten und NGOs aus 45 Ländern Europas

Eine Datenbank von europäischer Bedeutung hat das Dortmunder Institut für Zukunftsfähige Projekte in Zusammenarbeit mit dem International Network of Engineers and Scientists (INES) aufgebaut. Nach fast zweijähriger Arbeit wurde die einzigartige Datensammlung vor vier Jahren unter [www.sd-eudb.net](http://www.sd-eudb.net) ins Internet gestellt.

### Breites Themenspektrum

Es werden Expert/innen und Institutionen aus 45 europäischen Staaten zusammengefasst, die sich mit zukunftsfähigen bzw. nachhaltigen Entwicklungen beschäftigen. Das Spektrum umfasst neben Umweltthemen auch Bereiche wie Abrüstung, Nord/Süd, Wirtschaft und Soziales. Aufgrund der europäischen Dimension wird die Datenbank auf Englisch geführt und firmiert unter dem Titel „Datenbank Sustainable Development“ (EUDB). Hier sind die Profile der entsprechenden Fachleute und Institutionen abrufbar - zurzeit über 2300 Einträge. Sie werden laufend aktualisiert.

Die Datenbank ist auf Initiative der Vereine mit Unterstützung aus der EU und dem Bundesforschungsministerium entstanden. Sie soll den europäischen Diskurs auf allen Wissensgebieten nachhaltig beleben. West- und osteuropäische sowie nord- und südeuropäische Ansätze können gezielt miteinander vernetzt werden.

### Selbst eintragen

Die Datenbank bietet neben 43 Suchkriterien auch die Möglichkeit, nach speziellen Begriffen zu suchen. Sie bietet Laien, Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen ebenso wie Politiker/innen oder Wissenschaftler/innen die Möglichkeit interessante Informationen zusammenzutragen, auch zu aktuellen Themen.

▶ Expert/innen und Organisationen können sich selbst in die Datenbank eintragen. Einzige Bedingung: Die Beschäftigung auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit muss ausgewiesen sein. (mb) ■

### • Weitere Informationen

[www.sd-eudb.net/index-de.htm](http://www.sd-eudb.net/index-de.htm)  
(„Suche“ bzw. „Registrierung/Update“)

## Kurzmeldungen

### Entwicklungspolitische Aspekte in sozialverantwortlichen Geldanlagen

In der Bundesrepublik werden derzeit 3,5 Mrd. Euro in Investmentfonds mit sozialen und ökologischen Kriterien angelegt. Der von SÜDWIND herausgegebene neue Leitfaden „Investieren in die menschliche Entwicklung“ kommt zu dem Ergebnis, dass die Fonds zwar entwicklungspolitisch wirksam sein können, dieses Potential aber zur Zeit nicht ausgeschöpft wird. Die Ergebnisse einer Tagung zu diesem Thema sind in der Studie „Investitionen in die menschliche Entwicklung - ein Leitfaden für die Umsetzung entwicklungspolitischer Aspekte in sozialverantwortlichen Geldanlagen“ zusammengefasst worden. Fragen wie die Entwicklung gefördert werden kann oder welche Rolle entwicklungspolitische Kriterien bei der Auswahl von Unternehmen für Ökofonds spielen, werden erläutert. (db)  
SÜDWIND, Antje Schneeweiß, Tel. 02241 / 259734, [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)  
Studie: Zum Download  
[www.suedwind-institut.de/downloads/invest-mensch-entw\\_dt.pdf](http://www.suedwind-institut.de/downloads/invest-mensch-entw_dt.pdf)

### BfN sucht die besten Natur-Programmierer

Im Rahmen des Multimediaprojekts „Naturdetektive“ hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) zusammen mit dem Ulmer-Verlag den Sonder-Wettbewerb „Natur-Programmierer gesucht“ gestartet. Durch diesen Wettbewerb soll eine Plattform geschaffen werden, auf der Programmier-Künstler/innen ihre Kenntnisse und ihre Kreativität im Sinne der Naturerfahrung verwirklichen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen können. Dafür sollen mit Hilfe des HTML-Script-Codes kleine Computerprogramme geschrieben werden. Die Codes sollen einfach gestaltet sein, eine gut beschriebene Programmierarchitektur enthalten und einfach zu ändern bzw. zu ergänzen sein. Einsendeschluss für den Wettbewerb ist der 15. Oktober. Die Module sind auf einer CD ROM an das BfN zu senden. (db)  
BfN, FG Z 2.1, 53179 Bonn, eMail: [naturschutzinformation@bfn.de](mailto:naturschutzinformation@bfn.de)

## Lesenswert

### Anders Wirtschaften: Gewinn statt Profit

Welche Macht hat der Verbraucher/innen wirklich? Warum verhalten sich Firmen umweltbewusst oder sozial verantwortlich? Wohin führt uns die neue Technologie? Und welche Produkte kann ich bedenkenlos benutzen? Ein Dossier der Frankfurter Rundschau versucht diese Fragen zu beantworten. In dem Schwerpunkt „Nachhaltigkeit funktioniert“ erklärt etwa Versandhändler Michael Otto, warum „Öko-Schick“ nicht funktioniert. Die Fragen wie nachhaltiges Wirtschaften in Unternehmen läuft und ob es ethische Fonds gibt, werden im Schwerpunkt „Unternehmen“ behandelt. Des Weiteren nimmt das Dossier den Fortschritt der Technologie und seinen Beitrag zum Umweltschutz unter die Lupe. Ein Artikel von Thilo Bode (Foodwatch) geht auf den Einfluss der Verbraucher/innen beim Einkauf ein. Dazu stellt das Dossier mehrere Siegel und Normen vor, die auf eine sozial und ökologisch verträgliche Produktion hinweisen, und bietet eine Palette ausgewählter Bücher und Webadressen an. Abschließend werden Initiativen wie der Nachhaltigkeitsrat sowie Alternativen von VCD, Attac oder Robin Wood vorgestellt. (db)

Anders Wirtschaften: Gewinn statt Profit: Dossier der Frankfurter Rundschau, [www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle\\_dossiers/politik\\_inland/gewinnstattprofit](http://www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle_dossiers/politik_inland/gewinnstattprofit)

### Landschaftsarchitektur und die künftige EU-Förderung

Planung und Entwicklung von Projekten in der Landschaftsarchitektur sind untrennbar mit deren Finanzierung verbunden. Förderprogramme der EU haben hierbei eine hohe Bedeutung und wirken auch auf fachliche Inhalte ein. Zu den absehbaren erheblichen Änderungen der EU-Förderpolitik hat der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) im Juni ein Wegweiser-Seminar durchgeführt. Die Präsentationen der Referent/innen, die die unterschiedlichen Teile der EU-Fördermittelpolitik von 2007-2013 erläutern, sind nun als Materialsammlung auf CD-ROM erschienen. Fragen zur künftigen Regional-, Stadt- und Landschaftsentwicklung sowie die Aufgaben im ländlichen Raum und in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden thematisiert. (db)

Landschaftsarchitektur & die künftige EU-Förderung; CD-ROM, 35,- Euro; Bezug/Hrsg.: BDLA, Köpenicker Straße 48/49, 10179 Berlin, Tel. 030 / 278715-0, Fax -55, eMail: info@bdla.de, www.bdla.de

### **Indirekte Umweltaspekte im Umweltmanagement - Praxisleitfaden**

In gewohnt guter Qualität hat die Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU) in Karlsruhe einen neuen Leitfaden zum Thema „Indirekte Umweltaspekte im Umweltmanagement“ veröffentlicht (Stand: Mai 2005). Damit ist die LfU erneut ihrer Vorreiterrolle bei EMAS-Publikationen gerecht geworden und hat eine Lücke in der Literatur zum angewandten Umweltmanagement geschlossen. Die Berücksichtigung indirekter Umweltaspekte hat insbesondere durch die novellierte EMAS-Verordnung („EU-Öko-Audit“) aus dem Jahr 2001 an Relevanz gewonnen. Auch in der neuen internationalen Norm ISO 14001:2004 werden die teilnehmenden Betriebe zumindest cursorisch aufgefordert, zusätzlich solche Aspekte zu betrachten, die lediglich beeinflusst (und nicht überwacht) werden können. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass sich viele der Unternehmen und Organisationen eher schwer damit tun, welche indirekten Aspekte für sie wesentlich sind und wie sich konkrete Verbesserungsmaßnahmen daraus ableiten lassen. Hier setzt der Leitfaden an: Er will den EMAS-Anwendern Anhaltspunkte für die Berücksichtigung indirekter Umweltaspekte geben und deutlich machen, wie wichtig eine umfassende Umweltbetrachtung im Betrieb ist. Mit dem bundesweit einmaligen Leitfaden hat die LfU versucht, das Thema ganzheitlich anzugehen und auch Schnittstellen zu anderen wichtigen Bereichen aufzuzeigen, etwa dem produktbezogenen Umweltschutz (Stichwort: Integrierte Produktpolitik, IPP). Dazu sollen vor allem die zahlreichen Praxisbeispiele aus den verschiedenen Branchen beitragen. Der Leitfaden dokumentiert 67 EMAS-Beispiele aus insgesamt 18 Branchen, vornehmlich aus Baden-Württemberg. Nicht erwähnt sind Beispiele aus den Bereichen Sport, Theater und Museen. Sehr wertvoll sind die kompletten Kontaktadressen zu den EMAS-Informationsquellen und den aufgenommenen Branchenbeispielen am Ende des Leitfadens. (Gastrezensent: Edmund A. Spindler, www.umweltvorsorge.de)

LfU (Hrsg.): Indirekte Umweltaspekte im Umweltmanagement - Ein Praxisleitfaden mit Beispielen, Karlsruhe 2005, 56 S., kostenlos; Bezug: LfU-Verlagsauslieferung, JVA Mannheim, Herzogenriedstr. 111, 68169 Mannheim, Fax 0621 / 398370, bibliothek@lfuka.lfu.bwl.de; PDF-Download (3,7 MB): www.lfu.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/3333

### **Öko-Effizienz im Handwerk**

Die Ergebnisse des 2002-2004 in Rheinland-Pfalz durchgeführten Forschungsprojekts „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit im Handwerk durch Ökoeffizienz“ haben Prof. Dr. Michael von Hauff und zwei seiner Nachwuchswissenschaftler an der TU Kaiserslautern als Buch veröffentlicht. Es zeigt erstmals empirisch die Umsetzung der Ökoeffizienz in Kleinunternehmen. Sehr ausführlich werden die Ökoeffizienz theoretisch begründet und die Herausforderungen mit Praktikern des Handwerks erörtert. Dabei standen die Gewerke Bau und Lebensmittel im Fokus einer detaillierten Betrachtung. Die Untersuchung belegt, dass beim Handwerk noch zahlreiche Potenziale bestehen. Die Autoren kommen u.a. zu der politischen Forderung, die „Umweltpartnerschaft“ als „Dachmarke der Ökoeffizienz“ für kleine und mittlere Unternehmen zu etablieren. Dabei sehen sie in der Entwicklung von angepassten Umweltmanagementsystemen eine große Herausforderung und weisen hier dem EU-Öko-Audit (EMAS) eine große Bedeutung zu. Das Buch besticht durch eine gelungene Verknüpfung von Theorie und Praxis und faktenreich begründete politische Empfehlungen, denen man eine rasche Anwendung nur wünschen kann. (Gastrezensent: Edmund A. Spindler, www.umweltvorsorge.de)

M. v. Hauff, A. Kleine, A. Jörg: Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in Kleinunternehmen durch Ökoeffizienz, Verlag Wissenschaft & Praxis, Sternenfels 2005, 230 S., 34,- Euro, ISBN 3-89673-263-3

## Zukunft von Naturschutzflächen ungewiss

### Naturerbe: Langfristige Finanzierungsansätze

Im Eigentum der öffentlichen Hand (Bund, Länder) befindet sich gegenwärtig noch eine Vielzahl von wichtigen Gebieten für den Naturschutz. Es handelt sich insbesondere um ehemals militärisch genutzte Flächen, Flächen in den Bergbaufolgelandschaften und an der ehemaligen innerdeutschen Grenze sowie um BVVG-Flächen. Viele dieser Flächen sind wegen ihrer Größe und Unzerschnittenheit besonders wichtig für das Ablaufen stabiler natürlicher Prozesse sowie als Lebensraum seltener bzw. bedrohter Tier- und Pflanzenarten.

Im Zuge der angespannten gesamtwirtschaftlichen Lage kann die öffentliche Hand ihrer Verantwortung für die Naturschutzflächen immer schwerer nachkommen. Dort, wo sie Flächen für den Naturschutz (noch) vorhält, z. B. in Großschutzgebieten, fehlen zunehmend Gelder für Sicherung, Unterhaltung, Pflege und Entwicklung. Zur Haushaltskonsolidierung werden gleichzeitig wertvolle Naturschutzflächen unter wirtschaftlichen Aspekten verkauft. Eine vorrangig an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtete Flächennutzung steht jedoch oft dem Wert und den Naturschutzziele der Gebiete entgegen: Viele Flächen sind deshalb für den Naturschutz so wertvoll, weil sie bisher nicht oder nur eingeschränkt genutzt wurden. Selbst eine Ausweisung als Naturschutzgebiet oder europäisches Schutzgebiet (NATURA 2000) ist nicht automatisch ein Garant für den Erhalt oder die Verbesserung des Naturschutzwertes. Viele Beispiele der letzten Jahre belegen, dass an Privateigentümer verkaufte wertvolle Naturschutzflächen anschließend aus Naturschutzsicht deutlich entwertet wurden.

### Naturschutzverbände wollen Naturerbe sichern

Um die Flächen langfristig zu sichern, haben die Naturschutzorganisationen in den vergangenen Jahren 65.000 Hektar Naturschutzflächen eigentumsrechtlich gesichert und hierfür eine Summe von 16 Millionen Euro aus Spenden- und Sponsorengeldern aufgebracht. Mit einem besonderen finanziellen Aufwand sind vor allem die jährlich anfallenden Kosten für Schutz, Pflege, Betreuung und Entwicklung der Flächen verbunden. Die Natur-

schutzverbände gehen hier von rund 50 Euro pro Hektar und Jahr aus - für die bisher gesicherten Flächen bedeutet dies jährliche Kosten von 3,2 Millionen Euro. Die Kapazitäten für einen weiteren Flächenenerwerb sind deshalb seitens der Verbände begrenzt. Die Mittel des amtlichen Naturschutzes für den Flächenkauf werden ebenfalls immer weiter reduziert.

In den nächsten Jahren sollen weitere sehr wertvolle Naturschutzflächen verkauft werden. Nicht alle Gebiete haben dabei den gleichen Wert. Nach Berechnungen der Naturschutzorganisationen müssen 125.000 Hektar der zum Verkauf anstehenden Naturschutzflächen als national bedeutsam („gesamtstaatlich repräsentativ“) eingestuft werden. Hierbei handelt es sich insbesondere um Gebiete, die sich in den Kernzonen von Nationalparks und Biosphärenreservaten befinden oder eine Flächengröße von über 500 Hektar haben bzw. als Naturschutzgebiet oder NATURA-2000-Gebiet ausgewiesen sind.

### Finanzmittel reichen nicht aus

Die Naturschutzorganisationen stellen fest, dass für die Sicherung dieser national bedeutsamen Naturschutzflächen die bisherigen öffentlichen und privaten Finanzmittel nicht ausreichen. Hier bedarf es dringend eines ergänzenden Finanzierungsinstruments. Angesichts der finanziellen Größenordnung und der notwendigen langfristigen Perspektiven kann die Lösung nach Meinung der Naturschutzorganisationen nur in der Etablierung eines Kapitalstocks (Stiftung) bestehen. Dieser soll idealerweise in Form einer „Bundesstiftung“ errichtet werden: Mit Zustimmung der Bundesländer und in Kooperation mit den Naturschutzorganisationen sowie der Wirtschaft soll auf Bundesebene die Initiative für die Etablierung eines entsprechenden Stiftungsvermögens geschaffen werden. Die öffentliche Hand soll die noch in ihrem Eigentum befindlichen Flächen des nationalen Naturerbes (125.000 Hektar) in die Bundesstiftung einbringen.

Aus den Erträgen des zu bildenden Kapitalstocks sollen die Folgekosten für die in die Stiftung eingebrachten Flächen finanziert werden. Die Bundesstiftung schließt dabei Betreuungsverträge mit vor Ort tätigen Organisationen oder Behörden (Naturschutzverbände, Fördervereine, Landesforst...) ab.

Auf Antrag soll die Bundesstiftung ausgewählte Flächen an Bundesländer und/oder Naturschutzorganisationen abgeben können - diese müssten jedoch dann auch die Folgekosten übernehmen. Gleichzeitig soll die Möglichkeit eingeräumt werden, dass die Bundesstiftung bis zu 50 Prozent der Folgekosten übernehmen kann. Prinzipiell soll es auch möglich sein, dass sich die Bundesstiftung an Projekten bzw. den Folgekosten für bereits gesicherte Flächen des nationalen Naturerbes im Eigentum der Länder oder Naturschutzorganisationen mit bis zu 50 Prozent beteiligt. Mit der Begrenzung auf 50 Prozent wird dem föderalen Prinzip des Naturschutzes in Deutschland Rechnung getragen.

Bezogen auf die in einer Bundesstiftung zukünftig zu sichernden 125.000 Hektar national bedeutsamer Naturschutzflächen und die Unterstützung von Projekten und Folgekosten bereits gesicherter Flächen des nationalen Naturerbes ist eine jährliche Summe von rund 7,5 Millionen Euro erforderlich. Hierfür ist bei einer angenommenen Verzinsung von 4 Prozent ein Kapital von 188 Millionen Euro notwendig. Da die Flächen der öffentlichen Hand sukzessive in die Bundesstiftung eingebracht werden können, kann das Kapital schrittweise aufgebaut werden.

Als Quellen für das aufzubringende Kapital werden von den Naturschutzorganisationen die folgenden Optionen diskutiert:

- Analyse des Einsparpotentials durch das Outsourcing der Verwaltung der Naturschutzflächen in Form einer Bundesstiftung.
- Gewinnung der Wirtschaft für die Gemeinschaftsaufgabe „Sicherung des nationalen Naturerbes“ - Prüfung der Möglichkeit der so genannten „Pfandschlupf-Gelder“.
- Etablierung eines „Ostdeutschen Naturerbefonds“ aus Mitteln der ehemaligen DDR-Firma NOVUM. Diese Gelder stehen gemäß Einigungsvertrag gemeinnützigen Zwecken in den neuen Bundesländern zur Verfügung.
- Prüfung der Aktivierung eines geringen Teils der Goldreserven des Bundes.

Die Bundesstiftung kann sowohl als eigenständige „Bundesstiftung Natur“ als auch unter dem Dach der „Deutschen Bundesstiftung Umwelt“ (DBU) etabliert werden. Die Geschäftsstelle der DBU kann sich ein entsprechendes Engagement sowohl fachlich als auch organisatorisch

vorstellen. Die Naturschutzorganisationen stehen beiden Lösungen aufgeschlossen gegenüber und präferieren die Variante mit der größten Realisierungschance.

Bis zur Etablierung einer langfristig wirksamen Lösung zur Sicherung der Kernflächen des nationalen Naturerbes fordern die Naturschutzorganisationen von der öffentlichen Hand einen Verkaufsstopp (Moratorium) für die 125.000 Hektar national bedeutsamer Naturschutzflächen. ■

Autor: Adrian Johst, Naturstiftung David, DNR-Strategiegruppe Naturschutzflächen

### • Weitere Informationen

NATURstiftung David, Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt  
Tel. 0361 / 555033-0, Fax -9  
eMail: post@naturstiftung-david.de  
www.naturstiftung-david.de

## Internetseite informiert über Natura 2000

### DVL will Akzeptanz von Gebieten fördern

Der Aufbau des europäischen Naturschutznetzwerkes Natura 2000 nach der FFH- und Vogelschutzrichtlinie geht langsam voran. Auch nach Meldung der Gebiete gibt es bundesweit immer noch Informationsdefizite und Kommunikationsprobleme. Mit einer neuen Internetseite will der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) zur Verbesserung des Wissens um die Inhalte und Zusammenhänge beitragen sowie die Akzeptanz von Natura-2000-Gebieten fördern.

Erstellt wurde die Internetseite im Rahmen des Projekts „Akzeptanzstrategien in FFH- und Vogelschutzgebieten“. In diesem Modellvorhaben steht die Frage im Mittelpunkt, wie das europäische Naturschutznetz zusammen mit den betroffenen Landwirt/innen und Kommunen in den Regionen umgesetzt werden kann. So sind auf der Website neben grundlegenden Informationen zum Aufbau des Natura-2000-Netzwerkes außerdem die Projektergebnisse des ersten Jahres sowie auch Informationen über einzelne Projekte zu finden. Ein Glossar und eine umfangreiche Linkliste runden die Internetseite des Landschaftsverbandes ab. (db) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Verband für Landschaftspflege, Projektleiterin Heide Frobels, Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach  
Tel. 0981 / 465335-43, Fax -50  
eMail: frobel@lpv.de  
www.lpv.de  
www.natura2000-dvl.de

## Stiftung zeichnete Wissenschaftler aus

### Bruno-H.-Schubert-Preis für Leistungen im Natur- und Umweltschutz

Die Förderung der Wissenschaften und deren praktischer Umsetzung in Erkenntnis und Abwehr von Bedrohungen für Natur, Tier und Umwelt ist das Anliegen der Bruno-H.-Schubert-Stiftung, die 1984 von Generalkonsul Bruno H. Schubert und seiner Ehefrau gegründet wurde. Die Aufgaben der Stiftung umfassen u. a. die Vergabe von Forschungsaufträgen, die Gewährung von Stipendien sowie die Verleihung des Bruno-H.-Schubert-Preises. Dieser wird jedes Jahr für wissenschaftliche Leistungen und deren praktische Umsetzung im Natur- und Umweltschutz vergeben.

### Preise an Kenton Miller, Ernst Paul Dörfler und Georg Meister

Die Auszeichnung erfolgt in drei Kategorien. Preisträger der diesjährigen Verleihung ist Dr. Kenton Miller aus den USA, der u. a. für seine wegweisenden theoretischen Leistungen zur Konzeption von Schutzgebieten sowie für seinen Einsatz bei der weltweiten Einrichtung von Nationalparks ausgezeichnet wurde. Dr. Ernst Paul Dörfler erhielt den Preis für seine jahrelange, engagierte Arbeit zum Schutz der Elbe und ihrer Auenlandschaften. In der gleichen Kategorie wurde Dr. Georg Meister für sein erfolgreiches Bemühen zur Erhaltung und Gesundung der Wälder, das er durch überzeugende Fotosequenzen unterstützt hat, geehrt. Die Wilhelm-Raabe-Schule in Lüneburg hat sich durch ihr grenzüberschreitendes Engagement zur Überwachung der Folgen der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl für den Preis qualifiziert. Für seine umfassende Entwicklung und Betreuung einer Umweltplattform im Internet ist Christoph Schneider ausgezeichnet worden. Letzter Preisträger ist die Realschule Steinlach-Wiesaz (Dußlingen) mit ihrer Dokumentation und ihrem Projekt zur Beobachtung und Pflege von Wildbienen und Hummeln. (db) ■

### • Weitere Informationen

Bruno-H.-Schubert-Stiftung, Wendelsweg 64, 60599 Frankfurt/M.  
Tel. 069-25492500, Fax -625459  
eMail:  
info@bruno-h-schubert-stiftung.de  
www.bruno-h-schubert-stiftung.de

## Kurzmeldungen

### Aufruf an Tauchsportler: Fremde Arten im Wasser melden

Fremde Tiere und Pflanzen, deren Verbreitungsgebiet eigentlich ganz woanders ist, sind immer häufiger in heimischen Gewässern zu finden. Mit ihrem neuen Projekt „NEOBIOTA - Neue Arten in unseren Tauchgewässern“ wollen das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) einen besseren Überblick über die Verbreitung und den Einfluss dieser sogenannten Neozoen und Neophyten gewinnen. Taucher/innen sind deshalb aufgefordert, 16 dieser neuen Arten mit Hilfe eines Steckbriefs ausfindig zu machen. Begleitend findet ein Wettbewerb statt, der die Taucher/innen dazu anregen soll möglichst viele Arten im Internet unter [www.neobiota.info](http://www.neobiota.info) registrieren zu lassen. „Es ist ungemein wichtig, unsere Kenntnisse über eingeschleppte fremde Arten und deren Verbreitung in unseren heimischen Gewässern zu verbessern“, erklärte BfN-Präsident Prof. Dr. Hartmut Vogtmann. Nur so könne man auf die eventuelle Gefährdung von Ökosystemen reagieren. (db)

Verband Deutscher Sporttaucher, Offenbach, 069 / 981902-5, [www.neobiota.info](http://www.neobiota.info)



## Lesenswert

### Bundesumweltministerium wirbt für Natur-Touristik

15 Nationalparke, 14 Biosphärenreservate und 93 Naturparke stellt das Bundesumweltministerium (BMU) in dem Magazin „Naturlandschaften in Deutschland“ vor. Laut der Broschüre können in all diesen Gebieten Natur und Landschaft wandernd, per Fahrrad, mit dem Kanu oder bei einer Klettertour erlebt werden. Herausgestellt werden außerdem die Erfolge, die der Naturschutz in den letzten Jahren verzeichnen konnte. Dazu gehören die Wiedereingliederung des Luchses im Harz und die Rückkehr der Lachse in die Elbe. Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke eröffnen darüber hinaus Einkommensperspektiven in ländlichen Gebieten. Durch die Besucher/innen der Großschutzgebiete profitieren neben dem Gastgewerbe auch der Einzelhandel und das Dienstleistungsgewerbe. (db)

„Naturlandschaften in Deutschland“, Best.-Nr. 2509; Bezug/Hrsg.: BMU, Postfach 300361, 53183 Bonn, Tel. 01888 / 30533-55, Fax -56, eMail: [bmu@broschuerenversand.de](mailto:bmu@broschuerenversand.de), [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

### Landschaftszerschneidung: Von Gräben, Brücken und Plänen

Wohngebiete, Freizeitareale, Gewerbe- und Industrieparks wachsen zunehmend in die Fläche. Ihnen folgen Straßen, die Siedlungen verbinden und dabei Landschaften zerschneiden. Wo Verkehrswege bereits gebaut sind, können Grünbrücken und Wildtierkorridore die Folgen für wildlebende Tiere mildern. Die Überlegungen im Schwerpunkt „Landschaftszerschneidung“ in der Zeitschrift GAIA gehen aber weiter: Wie ist dem Flächenverbrauch zu begegnen? Wie kann man Straßen „besser“ planen? Wie wird man Straßen wieder los? Welche Länder gehen mit gutem Beispiel voran? (db)

Landschaftszerschneidung: Von Gräben, Brücken und Plänen, GAIA 2 - 2005, 22,80 Euro; Bezug: oekom Verlag, Waltherstraße 29, 80337 München, [www.oekom.de](http://www.oekom.de)



## Verdeckte Kosten des städtischen Autoverkehrs

### SIPTRAM-Projekt ermittelt Kennzahlen

Zahlreiche Städte leiden unter leeren Kassen. Aber keiner will offenbar so genau wissen, wo das knappe Geld hin fließt. Jedenfalls dann nicht, wenn es um Verkehrsausgaben geht. Kaum eine Stadt in Deutschland weiß, wie viel Geld aus ihrem angespannten Haushalt in den Autoverkehr fließt. Müssen allerdings kommunale Leistungen gekürzt werden, so gerät gleich nach der Kultur und den sozialen Einrichtungen der ÖPNV ins Visier.

Dass auch der Autoverkehr hohe Kosten verursacht, ist den meisten Städten nicht bewusst. Um Licht ins Dunkel zu bringen, haben das europäische Städtenetzwerk ICLEI, der Verkehrsclub Deutschland (VCD) und der Europäische Verband für Verkehr und Umwelt (T&E) im Rahmen des von der EU-Kommission geförderten Projekts „SIPTRAM - Sustainability in the Public Urban Transport Market“ Kennzahlen für einige deutsche Städte sowie für die Städte Ferrara (Italien), Genf (Schweiz) und Graz (Österreich) ermittelt.

Die Analyse der Ausgaben und Einnahmen für den Autoverkehr gibt Städten und Gemeinden ein Werkzeug an die Hand, wie

der Verkehr in der Stadt mit den vorhandenen finanziellen Mitteln effizienter und umweltschonender gestaltet werden kann.

### Methodische Grundlagen

Basierend auf einer Pilotstudie, die ICLEI im Auftrag des Umweltbundesamtes in den Städten Stuttgart, Dresden und Bremen 2000/2001 durchgeführt hat, wurde eine Methode entwickelt, mit der städtische Haushaltsbudgets sowohl auf direkte als auch weniger offensichtliche finanzielle Ausgaben und Einnahmen für den Autoverkehr analysiert werden können. Aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen lässt sich dann der Kostendeckungsgrad für den Autoverkehr berechnen.

### Welche Kostenblöcke wurden berücksichtigt?

Die Ausgaben öffentlicher Verwaltungen für den Autoverkehr werden zumeist mit dem Bau von Straßen assoziiert. Gerade beim Autoverkehr gibt es jedoch neben den Mitteln für Straßenbau und -unterhalt eine ganze Reihe versteckter Kosten. Die höchsten Ausgaben entfallen dabei auf den Unterhalt und Bau von Parkplätzen sowie auf die Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung und Straßenentwässerung. Darüber hinaus sind erhebliche Mehraufwendungen bei Feuerwehr, Polizei, Wirt-

schaftsförderung, Grünflächenämtern und städtischen Bauhöfen durch den Autoverkehr bedingt.

Es muss jedoch beachtet werden, dass diese Kosten nicht zu 100 Prozent dem Autoverkehr zugerechnet werden können. Es ist daher notwendig, Ausgaben, die auch anderen Verkehrsarten zugute kommen, bei der Betrachtung der Kosten für den Autoverkehr zu trennen. Da die meisten städtischen Haushaltspläne eine solche differenzierte Analyse nicht zulassen, müssen die Ausgaben für andere Verkehrsarten abgeschätzt werden. Für Straßen lässt sich beispielsweise auf Grundlage der räumlichen und zeitlichen Flächeninanspruchnahme und dem Grad der Abnutzung ableiten, dass die Ausgaben zu 80 bis 90 Prozent dem Autoverkehr zuzuordnen sind, während der Anteil anderer Verkehrsmittel bei rund zehn Prozent liegt. Die in der Untersuchung berücksichtigten Einnahmen resultieren größtenteils aus Parkgebühren, Zuschüssen aus dem Gemeinde-Verkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG-Mittel) sowie Verwarn- und Bußgeldern.

### Europäischer Vergleich deckt Parallelen auf

In der Tabelle unten sind die Kennzahlen von zwölf deutschen Städten zusammen-

### Versteckte Kosten des Autoverkehrs in deutschen und europäischen Städten

Stadt	Jahr	Einwohner	Einnahmen (Euro)	Ausgaben (Euro)	Differenz (Euro)	Ungedeckte Kosten pro Einwohner (Euro)	Kosten-deckungs-grad (Prozent)
Düsseldorf	2002	569.046	24.699.867	167.106.878	142.407.011	250,3	14,8
Ingelheim	2003	26.000	1.264.617	6.985.282	5.720.665	220,0	18,1
Stuttgart	2000	581.000	20.663.265	104.591.837	83.928.571	144,5	19,8
Aschaffenburg	2002	67.788	3.041.045	11.366.940	8.325.895	122,8	26,8
Heidelberg	2004	142.500	13.137.822	30.634.581	17.496.759	122,8	42,9
Dresden	2000	459.000	9.132.653	65.306.122	56.173.469	122,4	14,0
Ludwigsburg	2000	86.936	9.090.874	19.293.557	10.202.683	117,4	47,1
Bremen	2000	547.000	12.551.020	72.959.184	60.408.163	110,4	17,2
Rotenburg	2004	22.500	693.380	3.094.252	2.400.872	106,7	22,4
Augsburg	2000	254.867	21.046.353	47.766.056	26.719.703	104,8	44,1
Freiburg	2000	201.000	17.163.087	37.993.383	20.830.296	103,6	45,2
Lüneburg	2000	70.000	3.411.848	9.194.623	5.782.775	82,6	37,1
<b>Durchschnitt deutsche Städte bezogen auf Einwohner</b>						<b>145,5</b>	<b>29,1</b>
Graz	2003	238.000	20.832.664	60.959.484	40.126.820	169	34,0
Genf	2002	182.560	13.944.143	40.038.362	26.094.219	142	34,8
Ferrara	2002	130.000	3.553.267	9.310.289	5.757.022	44	38,2

Allein deutsche Städte geben schätzungsweise 15 Milliarden Euro pro Jahr für den Autoverkehr aus. Nur 15 bis 45 Prozent dieser Ausgaben sind durch Einnahmen gedeckt. Umgerechnet entsprechen die ungedeckten Kosten etwa 100 bis 150 Euro pro Kopf. Dabei werden die Kosten des Autoverkehrs weder genau erfasst noch entsprechend zugeordnet.

gestellt, die sich - soweit möglich - aus den kommunalen Haushalten ableiten lassen. Erhebliche Unterschiede zeigen sich bei der Betrachtung der Ausgaben bezogen auf die Einwohnerzahl. Besonders interessant sind auch die Kostendeckungsgrade, die zwischen 15 und 47 Prozent variieren.

Zusätzlich zu den deutschen Städten wurden vertiefte Analysen für drei europäische Städte durchgeführt: Ferrara in Italien, Genf in der Schweiz und Graz in Österreich. Die Ergebnisse aus diesen Städten zeigen, dass die Situation in anderen europäischen Ländern vergleichbar ist. Die Angaben unterscheiden nicht nach festgelegten Finanzzuweisungen und solchen, die vermieden werden können. Allerdings zeigt die vertiefte Analyse, dass durch eine nachhaltige Kommunalpolitik Einfluss auf die Höhe der Mittel und auf die Aufgabenzwecke genommen werden kann.

### Bei Sparmaßnahmen bleiben Kosten des Autoverkehrs unberücksichtigt

Die Analyse zeigt, dass die untersuchten deutschen Städte durchschnittlich 150 Euro je Einwohner und Jahr für den innerstädtischen Autoverkehr ausgeben. Der Kostendeckungsgrad liegt je nach Kommune zwischen 15 und 45 Prozent und damit deutlich unter dem des Öffentlichen Nahverkehrs. Und dennoch wird immer zuerst der ÖPNV genannt, wenn es darum geht, Einsparungen im städtischen Etat vorzunehmen. Offensichtlich haben Entscheidungsträger die wahren Kosten des Autoverkehrs in der Stadt selten im Blick.

### Was kann getan werden?

Angesichts der aktuellen Probleme vieler Städte, die Grenzwerte der EU-Luftqualitätsrichtlinie einzuhalten, sind mehr denn je Strategien zur Verkehrsvermeidung und Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger gefragt. Daran muss sich auch die kommunale Finanzpolitik orientieren:

- Alle Ausgaben und Einnahmen des städtischen Verkehrs gehören auf den Tisch;
- Umverteilung der vorhandenen Mittel: Gelder für den Verkehr sollen effizient und umweltgerecht eingesetzt werden;
- Bessere Kostendeckung im Verkehr: Statt kostenloser Parkplätze Einführung eines Parkraumbewirtschaftungskonzepts in Abstimmung mit Umlandgemeinden, um die Flucht auf die „Grüne Wiese“ zu verhindern;

- Vorrangmaßnahmen für den ÖPNV: Eigene Spuren sowie die Vorfahrt an Ampeln erhöhen dessen Attraktivität;
- ÖPNV bereits in der Planung berücksichtigen: Sind Freizeit- und Einkaufseinrichtungen gut zu Fuß, mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar, werden weniger Straßen und Parkplätze benötigt.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind in der Kurzbroschüre „Versteckte Kosten des städtischen Autoverkehrs - Öffentliche Gelder für den privaten Verkehr“ zusammengestellt. ■

Gastautorin: Vivien Führ, ICLEI-Städtenetzwerk

### • Weitere Informationen

ICLEI - Local Governments for Sustainability Sustainable Procurement, Vivien Führ, Leopoldring 3, 79098 Freiburg  
Tel. 0761 / 36892-43, Fax -49  
eMail: [vivien.fuehr@iclei-europe.org](mailto:vivien.fuehr@iclei-europe.org)  
[www.iclei-europe.org](http://www.iclei-europe.org)

Bezug der Broschüre (2,50 Euro Versand): VCD Versandservice, Heinrich-Sommer-Str. 13, 59939 Olsberg  
Tel. 02962 / 800-152, Fax -155  
eMail: [bestellung@vcd.org](mailto:bestellung@vcd.org)

Informationen zum SIPTRAM-Projekt:  
[www.increase-public-transport.net](http://www.increase-public-transport.net)

Versteckte Kosten selbst ermitteln:  
[www.iclei.org/europe/ccp/arbeitsblaetter.pdf](http://www.iclei.org/europe/ccp/arbeitsblaetter.pdf)

## Straßenverkehr ist größter Störfaktor in Städten

### Anwohner/innen wünschen sich mehr Umsteiger auf Bus und Bahn

Der Straßenverkehr gilt als die stärkste Alltagsbelastung in den Innenstädten. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts forsa im Auftrag des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Danach empfinden 62 Prozent den Verkehr in den Innenstädten als starke bis sehr starke Belastung, dicht gefolgt von Lärm (48 Prozent) und Luftverschmutzung (46 Prozent). In Großstädten fühlen sich sogar mehr als zwei Drittel der Befragten vom Straßenverkehr gestört.

Nach Angaben des VDV lassen sich mit Bus und Bahn 18 Millionen zusätzliche Autofahrten am Tag vermeiden. Damit trügen die Kund/innen dazu bei, dass sich die Luft- und Lebensqualität in den Städten verbesserten. 64 Prozent der befragten Großstädter/innen seien bereit, selbst auf das Autofahren in Innenstädten zu verzichten. Ein Einsatz, der sich nach Angaben des VDV lohnt. Wer seinen Diesel-PKW stehen lasse und in den Linienbus einsteige, verursache bis zu 400 mal weniger Feinstaub. Das mache die Kund/innen des ÖPNV zu „Umwelthelden“, die täglich für bessere Luft sorgen.

### Mehr Geld für ÖPNV gefordert

Damit mehr Menschen das Angebot des ÖPNV nutzen, sieht der Verband auch Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht. Trotz knapper öffentlicher Kassen dürfe die Finanzierung von Bus und Bahn nicht weiter gekürzt werden. Das sehen auch drei Viertel der forsa-Befragten so: sie wollen eine stärkere staatliche Förderung für den Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Karol Kraus, Straße des 17. Juni 114, 10623 Berlin  
Tel. 030 / 399932-14  
eMail: [deutschland-mobil@vdv.de](mailto:deutschland-mobil@vdv.de)  
[www.vdv.de](http://www.vdv.de)

### Gelder aus Lkw-Maut fließen

**Halbjahresbilanz zufrieden stellend - insgesamt 3 Milliarden Euro erwartet**  
Im ersten halben Jahr seit ihrer Einführung hat die Lkw-Maut nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums 1,4 Milliarden Euro eingebracht. Das entspricht 11 Milliarden gefahrenen Kilometern. Bundes-Verkehrsminister Manfred Stolpe zeigte sich zuversichtlich, dass die Maut-Einnahmen bis Ende des Jahres auf 3 Milliarden Euro steigen.

Auch die Zahl der „Mautpreller“ gehe kontinuierlich zurück, sagte der Minister. Die Quote sei auf unter 2 Prozent gesunken - sowohl bei Inländern wie bei Ausländern. Auf Grund der Kritik, die Autobahnmaut habe zu mehr Lkw-Verkehr auf Ausweichstrecken geführt, will das Ministerium hier nachbessern. Ab 2006 sollen auch Bundesstraßen mautpflichtig werden, die parallel zu den Autobahnen verlaufen, gut ausgebaut seien und wo nachweislich Maut-Ausweicher führen, hieß es.

### VCD: Über 50 Straßen als Ausweichstrecken

Viele Beschwerden hätten laut Stolpe allerdings mit dem „insgesamt gestiegenen Lkw-Verkehr“ zu tun sowie mit der Sensibilisierung seit Einführung der Maut. Dieser Einschätzung widersprach der Verkehrsclub Deutschland (VCD). Der Verband hatte im März Betroffene dazu aufgerufen, Straßen mit gestiegenem Lkw-Aufkommen zu melden. Die Rückmeldungen zeigten, dass mindestens 35 Bundesstraßen sowie 17 Landes- und Kreisstraßen betroffen seien. Die Maut-Einnahmen sollen vor allem in den Ausbau von Autobahnen fließen sowie in die Verbindungen nach Osteuropa. Auch das Bahn-Schienennetz und die deutschen Seehäfen sollen von den Geldern profitieren. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),  
Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
www.vcd.org

### Umweltfreundlichstes Verkehrsmittel ist die Schiene

#### Umweltrat: 20 Prozent CO<sub>2</sub>-Ausstoß kommt von der Straße

Die Allianz pro Schiene hat die Verkehrspolitik in Deutschland und Europa als rückständig kritisiert, zumindest was den Bahnverkehr betrifft. Auf der Schiene sei noch der eiserne Vorhang vorhanden, sagte der Geschäftsführer der Allianz Dirk Flege bei der Präsentation der Broschüre „Bahn frei für Europa“ Ende Juni. Von der EU-Ost-Erweiterung habe bisher nur die Straße profitiert. So fuhr z.B. die Dampflokomotive von Berlin nach Breslau vor 70 Jahren 2,5 Stunden, heute brauchen Züge für die gleiche Strecke 6 Stunden.

#### Sondergutachten

Das Schienenbündnis sieht seine Position durch ein Sondergutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) vom Juli bestätigt. Darin empfahl der Umweltrat die Verlagerung des Verkehrs auf umweltverträglichere Verkehrsmittel. Der Schienenverkehr weist danach nicht nur beim Schadstoffausstoß und Klima die bessere Ökobilanz auf als die Straße. Auch bei der Verkehrssicherheit und beim Lärm hat die Schiene die Nase vorn. Besonders groß ist das Entlastungspotenzial laut SRU im Nahverkehr der Ballungsräume.

#### Allianz pro Schiene: Bessere Technik genügt nicht

Ohne ein verkehrspolitisches Umsteuern sei der Kollaps auf Europas Straßen vorprogrammiert, mahnten Verkehrsexperten. Laut Umweltrat hat sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Straßenverkehrs seit 1960 vervielfacht.

Vor diesem Hintergrund kritisierte die Allianz pro Schiene einen Teil des Gutachtens. Die Empfehlung, vorrangig auf technische Innovationen im Straßenverkehr zu setzen, bringe keine echte Entlastung der Umwelt. Wenn der Straßenbau auf Kosten der Schiene weiter vorangetrieben wird, werden sich nach Auffassung des Schienenbündnisses die hohen Umwelt- und Gesundheitsfolgen des Straßenverkehrs noch verschärfen.

#### Europäische Schienenpolitik als Vorbild für Deutschland?

Auf EU-Ebene sind stärkere Investitionen in den Schienenverkehr geplant. Dazu gehören die so genannten Transeuropä-

schen Netze (TEN). Weil die Bahn auf langen Strecken besonders leistungsfähig ist, sehen Fachleute in der Stärkung des grenzüberschreitenden Zugverkehrs einen Schlüssel für die Verlagerung zu Gunsten der Schiene. Dafür forderten sie mehr Geld für den Bahnverkehr und mehr Maut auf den Straßen. Die Allianz pro Schiene bewertete die europäische Verkehrspolitik in manchen Punkten fortschrittlicher als die deutsche. Aus ihrer Sicht legt allerdings die EU-Kommission den Schwerpunkt zu sehr auf die Liberalisierung der Eisenbahn. Der Wettbewerb der Bahnen untereinander nütze kaum, solange diese im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern massiv benachteiligt seien. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Maximilian v. Beyme,  
Chausseest. 84, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 275945-62, Fax -60  
eMail: maximilian.beyme@allianz-pro-schiene.de  
www.allianz-pro-schiene.de

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), Reichpietschufer 60, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 263696-0, Fax -109  
eMail: sru-info@uba.de  
www.umweltrat.de

## Fahrverbote für alte Diesel-Fahrzeuge ab 2006?

### Umweltzonen in Großstädten tabu für Diesel ohne Filter

Der Deutsche Städtetag geht davon aus, dass die Fahrer alter Dieselaautos schon bald mit Fahrverboten rechnen müssen. In fast allen Großstädten seien so genannte Umweltzonen geplant, hieß es. Berlin und Frankfurt am Main erwägen, ihre gesamten Innenstädte für Dieselaautos ohne Filter zu sperren. Der Städtetag habe die Kommunen aufgefordert, schon im kommenden Jahr mit den Maßnahmen zu beginnen.

### Plaketten als Fahrerlaubnis

Dafür muss sich die Bundesregierung auf eine Kennzeichnungspflicht einigen. Ein Vorschlag von Bundesumweltminister Jürgen Trittin über die Einführung von so genannten Partikel-Plaketten wurde auf Ende August (nach Redaktionsschluss) verschoben. Autos mit Plakette sollen demnach weiterhin in die Städte fahren dürfen. Wer wegen eines zu hohen Rußpartikelausstoßes die Plakette nicht erhält, hat Fahrverbot für die Innenstadt.

Die Union versicherte, sie wolle bis November Klarheit in dieser Frage schaffen. Anders als Trittin, der die schadstoffarmen Fahrzeuge in vier Schadstoffklassen unterteilen und verschiedenfarbige Plaketten verkaufen will, setze z.B. Baden-Württemberg auf drei Emissionsgruppen und ein zeitlich gestaffeltes Verbot für ältere Diesel von 2007 an. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

## Kurzmeldungen

### EU-Führerschein wird nicht Pflicht

Der EU-Verkehrsrat hat sich auf seiner Sitzung Ende Juni nicht darauf einigen können, EU-weit ein einheitliches Führerscheinformat einzuführen. Einen entsprechenden Vorschlag des Parlaments hat neben anderen auch Deutschland abgelehnt. Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe bezeichnete den Umtausch der über 100 nationalen Führerscheinmodelle als „unnötige Bürokratie“. Befürworter eines einheitlichen EU-Führerscheins wie der EU-Parlamentarier Michael Cramer (Grüne) erklärten, in Zeiten wachsender innereuropäischer Mobilität würde ein einheitliches Format z.B. die Verkehrskontrollen und die EU-weite Durchsetzung von Bußgeldverfahren erleichtern. Ein wichtiger Schritt für mehr Sicherheit auf Europas Straßen sei vertan. (mbu)  
Bundesverkehrsministerium, Tel. 030 / 2008-0, [www.bmvbw.de](http://www.bmvbw.de)

■

## Lesenswert

### Erfolgreiche Nahverkehrszüge

Eine Broschüre der Allianz pro Schiene präsentiert 16 erfolgreiche Nahverkehrszüge. Überall dort, wo ein entsprechendes Angebot neu geschaffen oder verbessert wurde, stiegen die Fahrgastzahlen rapide. Meist wurden sogar die Prognosen noch übertroffen. Laut Broschüre gibt es ein Erfolgsrezept: Bei fast allen ausgewählten Beispielen stand zu Beginn eine Investition in die Infrastruktur, in neue Fahrzeuge und in einen dichteren und regelmäßigen Fahrplan. Hinzu kamen durchgehende Verbindungen, eine gesteigerte Zuverlässigkeit, Sauberkeit und Pünktlichkeit sowie eine starke Verbundenheit mit der Region. Auf Grund dieses Erfolgs fordern die Herausgeber eine Sicherung des Schienenpersonennahverkehrs ab 2007. Dann läuft nämlich eine Vereinbarung im Regionalisierungsgesetz ab, wonach es jährlich 1,5 Prozent mehr Geld für Investitionen in den Nahverkehr gibt. (mbu)

Allianz pro Schiene (Hg.): 16 Beispiele erfolgreicher Bahnen im Nahverkehr; Berlin 2005; 56 S.; Bezug: Allianz pro Schiene, Tel. 030 / 27594562, Internet-Download: [www.allianz-pro-schiene.de/pdf/PM050701/ApS\\_Positiv\\_050701.pdf](http://www.allianz-pro-schiene.de/pdf/PM050701/ApS_Positiv_050701.pdf)

### Mit Fahrradförderung die Stadt ins Rollen bringen

Drei neue Faltblätter des Fahrradclubs ADFC geben Tipps zur Radverkehrsförderung vor Ort. Die Handlungsleitfäden informieren fahrradfreundliche Arbeitgeber, Einzelhändler und Stadtverwaltungen, wie sie die Räder in ihrer Stadt ins Rollen bringen können. Arbeitgeber könnten viel Geld sparen, denn rund die Hälfte aller Dienstfahrten ließe sich auf zwei Rädern preiswerter und schneller erledigen. Der Vorteil für Einzelhändler: Kunden mit Fahrrad erreichen jedes Geschäft ohne Parkplatzprobleme. Die Handlungsleitfäden entstanden im Rahmen des Projekts „Umweltentlastung durch mehr Radverkehr“. Das vom UBA geförderte Projekt will Kommunen bei der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans vor Ort unterstützen. (mbu)

ADFC (Hg.): Die Stadt ins Rollen bringen. Leitfäden zur Fahrradförderung, 2005; Bezug: in Stadtverwaltungen kostenlos; Versand (1,44 Euro): ADFC, PF 107747, 28077 Bremen, [www.adfc.de/2222\\_1](http://www.adfc.de/2222_1)

■

## Protest gegen Bayer-Kooperation

### Chemiekonzern wirbt in Magazin mit Süßwasserschutz

Mit einem offenen Brief haben sich mehrere Organisationen, u. a. die Störfallkommission, das Pestizid-Aktionsnetzwerk PAN Germany sowie die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) an National Geographic Deutschland gewandt und das Magazin aufgefordert, die Wissenschafts-Kooperation mit dem Bayer-Konzern einzustellen. Ihrer Ansicht nach wird das sinnvolle Anliegen, Forschung zum Schutz des Trinkwassers zu befördern, durch die Zusammenarbeit mit einem der größten Wasserverschmutzer Deutschlands diskreditiert.

### Pestizide belasten das Grundwasser

Die Verunreinigungen von Boden und Grundwasser durch den weltweit größten Pestizidhersteller seien enorm. Allein in Deutschland komme es jedes Jahr zu einer Freisetzung von 30.000 Tonnen. Davon belasteten etwa 30 Prozent das Grundwasser. Bayer könne sich zudem auf „alte Wasserrechte“ stützen, die ihm eine Entnahme hochqualitativen Grundwassers ohne Abgaben ermöglichen. Darüber hinaus habe das Unternehmen die jahrzehntelange Einleitung einer hohen Menge von Schadstoffen in den Rhein zu verantworten. Der Forderung von Umweltgruppen, die Einleiterdaten der Werke zu veröffentlichen, sei der Konzern bis jetzt nicht nach gekommen.

Laut Harald Gülzow vom Verein zum Schutze des Rheins wird die Forschungs-kooperation über die Gewinne von Bayer finanziert. Damit seien alle Produktionsbereiche, insbesondere die Pestizidherstellung mit ihrer hohen Grundwasserbelastung, zu beachten. Dirk Frenzel, Sprecher der Bayer AG, erklärte dagegen, der Konzern habe zum sparsamen Umgang mit Wasserressourcen und zur Vermeidung von Wasserverschmutzungen in den vergangenen Jahren weit reichende Maßnahmen ergriffen. (db) ■

### • Weitere Informationen

Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG), PF 150418, 40081 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 3339-11, Fax -40  
eMail: cbgnetwork@aol.com  
www.cbgnetwork.de

## Umweltverbände kritisieren Hochwasserschutzpolitik

### „Lehren aus Jahrhundertflut noch nicht gezogen“

Extreme Hochwasser können für die Anrainer immer noch schwerwiegende Folgen haben. Dieses Fazit zieht der BUND drei Jahre nach dem Jahrhunderthochwasser an der Elbe. Deiche seien zwar verstärkt, die Schaffung natürlicher Überschwemmungsflächen jedoch vernachlässigt worden.

„Bund und Länder haben ihre Versprechen von 2002, für einen ausreichenden Hochwasserschutz zu sorgen, bislang nicht umgesetzt. Wenige Deichrückverlegungen, die Verbesserung der Pegelvorhersage und der Abriss einiger Bauobjekte auf überschwemmungsgefährdeten Flächen sind nicht genug“, erklärte BUND-Elbe-Experte Ernst-Paul Dörfler.

### Schutzmaßnahmen ernst nehmen

Das seit Mai gültige Hochwasserschutzgesetz müsse in den Bundesländern entschlossener umgesetzt werden, forderte der BUND. Ferner könnten nur eine entschlossene nationale und internationale Klimapolitik den durch die Freisetzung von Treibhausgasen verursachten Wetterextremen Einhalt gebieten. Die Forderung des Bundesamtes für Naturschutz nach einem nationalen Fluss- und Auenprogramm zur Renaturierung wird von dem Umweltverband unterstützt. Gestoppt werden müsse vor allem die intensive Landwirtschaft in Überschwemmungsgebieten. Sie verdichte die Böden und beschleunige so den Wasserabfluss auf der Oberfläche.

Die Umweltstiftung Euronatur kritisierte vor allem auch die Lokalpolitiker/innen scharf und stellte einen „Sofortmaßnahmenkatalog“ auf. So sollten Täler in Gebirgsregionen vor weiterer Zersiedelung und Versiegelung geschützt werden. Retentionsräume müssten freigehalten werden (db) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Elb-Experte Dr. Ernst-Paul Dörfler, Badetzer Str. 10, 39264 Steckby  
Tel. 039244 / 290  
eMail: epd@gmx.de  
www.bund.net

## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) an.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

## September

13./14.9., Hamburg

### B.A.U.M.-Jahrestagung - Verleihung des B.A.U.M. Umweltpreises 2005

Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.)  
Tel. 040 / 490711-18, Fax -99  
[tagung2005@baumev.de](mailto:tagung2005@baumev.de)  
[www.baumev.de](http://www.baumev.de)

15.9., Münster

### Zukunftsmarkt Umweltbildung

Konferenz; Bundesverband TuWas, München  
Tel. 089 / 599467-70, Fax -71  
[info@tuwas.net](mailto:info@tuwas.net)  
[www.tuwas.net](http://www.tuwas.net)

15.9., Frankfurt a. M.

### Ausstieg aus dem Ausstieg?

### Wie weiter mit der Atomkraft?

Diskussion; Heinrich Böll Stiftung Hessen  
Tel. 069 / 231090  
[info@hbs-hessen.de](mailto:info@hbs-hessen.de)  
[www.hbs-hessen.de](http://www.hbs-hessen.de)

15.-17.9., Bremen/Bremerhaven

### Umweltverträglichkeitsprüfung für große Infrastrukturprojekte am Beispiel eines Seehafens

Seminar auf der 3. Summer-School; UVP-Gesellschaft, Stefan Lucas-Thorp, Hamm

Tel. 02381 / 521-29, Fax -95  
[langner@uvp.de](mailto:langner@uvp.de)  
[info@uvp.de](mailto:info@uvp.de)  
[www.uvp.de](http://www.uvp.de)

16.-18.9., Berlin

### Bergbau außer Kontrolle? Menschenrechtsverletzungen im Goldbergbau

Seminar; FIAN Deutschland, Ute Hausmann  
Tel. 0221 / 70200-72, Fax -32  
[u.hausmann@fian.de](mailto:u.hausmann@fian.de)  
[www.fian.de](http://www.fian.de)

16.-18.9., Münster

### Wem gehört die Stadt?

Internationale Fachtagung gegen Privatisierungen; Institut für Theologie und Politik (ITP), Katrin Steiner  
Tel. 0251 / 5247-38, Fax -88  
[steiner.itp@muenster.de](mailto:steiner.itp@muenster.de)  
[www.dersuedenderstaedte.org](http://www.dersuedenderstaedte.org)

18.-25.9., bundes- und europaweit

### Woche der Zukunftsfähigkeit 2005: „Lust auf Zukunft“

Kampagne; Grüne Liga Berlin, Gudrun Vinzing  
Tel. 030 / 443391-64, Fax -33  
[week@grueneliga.de](mailto:week@grueneliga.de)  
[www.woche-der-zukunftsaehigkeit.de](http://www.woche-der-zukunftsaehigkeit.de)

18.9., Essen

### Walderlebnistag 2005

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), Bonn  
Tel. 0228 / 94598-30, Fax -33  
[info@sdw.de](mailto:info@sdw.de)  
[www.sdw.de](http://www.sdw.de)

19.9., Stralsund

### Umweltbibliotheken als Partner in der Umweltbildung

Workshop; Grüne Liga Bundesgeschäftsstelle, Katrin Kusche, Berlin  
Tel. 030 / 2044-745, Fax -468  
[bundesverband@grueneliga.de](mailto:bundesverband@grueneliga.de)  
[www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de)

19.-23.9., Göttingen

### Stabilität von Randzonen tropischer Regenwälder

Internat. Symposium; STORMA, Daniel Stietenroth  
Tel. 0551 / 399-928, Fax -658  
[symp2005@gwdg.de](mailto:symp2005@gwdg.de)  
[www.storma.de/symp2005](http://www.storma.de/symp2005)

19.-25.9., bundesweit

### Faire Woche

Aktionstage; TransFair, Köln  
Tel. 0221 / 942040-0, Fax -40  
[info@transfair.org](mailto:info@transfair.org)  
[www.faire-woche.de](http://www.faire-woche.de)

20.-22.9., Dresden

### Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Produktion in der erweiterten EU

IVU-Kongress; Ecologic-Institut, Carolin Wolf, Berlin  
Tel. 030 / 86880-0, Fax -200  
[ippc@ecologic-events.de](mailto:ippc@ecologic-events.de)  
[www.ecologic-events.de/ippc/de](http://www.ecologic-events.de/ippc/de)

21.9., Berlin

### Wie lassen sich Sozialstandards und Verbraucherpolitik verbinden?

Diskussion; Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)  
Tel. 030 / 6956-1036, Fax -3006  
[info@verdi.de](mailto:info@verdi.de)  
[www.verdi.de/sichtweisen](http://www.verdi.de/sichtweisen)

21./22.9., Hamm/Westfalen

### Nachhaltige Sportstättenentwicklung

Tagung zu Sanierung, Modernisierung, Finanzierung und Management von Sportanlagen unter Umweltgesichtspunkten; Westfälischer Turnerbund (WTB), Umweltausschuss  
Tel. 02388 / 30000-0, Fax -99  
[wtb@wtb.de](mailto:wtb@wtb.de)  
[www.wtb.de](http://www.wtb.de)

21.-23.9., Dresden

### Städtische Fluss-Sanierung - Methoden, Verfahren, Erfahrungen

Int. Konferenz; TU Dresden, Ines Gersdorf, Institut für Landschaftsarchitektur  
Tel. 0351 / 4633-3453, Fax -7081  
[urbem@mailbox.tu-dresden.de](mailto:urbem@mailbox.tu-dresden.de)  
[www.tu-dresden.de/urban-rivers-conference](http://www.tu-dresden.de/urban-rivers-conference)

22.9., weltweit

### Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten - I Walk to School

Aktionstag; FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland, Berlin  
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972  
[info@fuss-ev.de](mailto:info@fuss-ev.de)  
[www.zufusszurschule.de](http://www.zufusszurschule.de)  
[www.iwalktoschool.org](http://www.iwalktoschool.org)

22.9., Bremen

### Schutz der Nordsee vor gefährlichen Stoffen

Hearing; Aktionskonferenz Nordsee, Inse Ewen, Bremen

Tel. 0421-77675, Fax -7893  
inse.ewen@aknev.org  
www.aknev.org

22.-25.9., Augsburg  
**Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare Energien**

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner, Reutlingen  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
redaktion@energie-server.de  
www.reconstruct-expo.de

22.-25.9., Augsburg  
**reCONSTRUCT 2005: Energieeffizientes Bauen und Sanieren**

Fachmesse und Kongress; erneuerbare energien (s.o.)

23.-25.9., Schwarzwald  
**Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer  
Tel. 07764 / 933999  
meyer@gemeinschaften.de  
www.gemeinschaften.de

24.9., Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg)  
**Mobilfunktechnik - Risiken und Nebenwirkungen**

Tagung; TechnologiePark TPVS  
Tel. 07721 / 5033-37, Fax -36  
info@tpvs.de  
www.tpvs.de/530PKM-Mobilfunktechnik-24-09-05.htm

29.9., Berlin  
**EUROFORUM-Konferenz: Feinstaub**  
EUROFORUM Deutschland, Birgit Bergermann, Düsseldorf  
Tel. 0211 / 9686-3581, Fax -4040  
birgit.bergermann@euroforum.com  
www.euroforum.de/pr-feinstaub

29.9.-2.10., Berlin  
**14. Europäischer Workshop zum Freiwilligen-Engagement: Aktive Bürgerschaft in Europa**

Volonteuropé, Werner Lützwow, Berlin  
Tel. 030-29049212, Fax -2790126  
wluetzwow@volonteuropé.de  
www.volonteuropé.de/event.htm

30.9., München  
**Soziale Marktwirtschaft oder Marktradikalismus: Was kann Politik noch bewirken?**

Streitgespräch; Die Umwelt-Akademie, Weßling

Tel. 08153-4751, Fax -4852  
info@die-umwelt-akademie.de  
www.die-umwelt-akademie.de/  
veranstaltungen

**Oktober**

2.10., bundesweit  
**Tag der Regionen**  
Aktionsbündnis „Tag der Regionen“, Zur Specke 4, 34434 Borgentreich  
Tel. 05643 / 94-8537, Fax -8803  
bund-nord@tag-der-regionen.de  
www.tag-der-regionen.de

12.-16.10., Kassel  
**Abwasserentsorgung im ländlichen Raum**

Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA), Rita Bergmann  
Tel. 02242 / 8721-65, Fax -35  
bergmann@dwa.de  
www.dwa.de

13./14.10., Frankfurt a. M.  
**Schafft StadtLand! - Nachhaltige Landschaftsentwicklung und Umweltbildung**

Tagung; Umweltlernen in Frankfurt/M.  
Tel. 069 / 212-30130, Fax -46568  
michael.schlecht@stadt-frankfurt.de  
www.umweltlernen-frankfurt.de/  
Natur/Tagung.htm

19./20.10., Berlin  
**Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft**  
Symposium; Deutscher Rat für Landschaftspflege (DRL), Bonn  
Tel. 0228 / 33-1097, Fax -4727  
drl-bonn@t-online.de  
www.landschaftspflege.de

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)  
**EnergieTage Hessen 2005 und Passivhaus Hessen 2005**

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
redaktion@energie-server.de  
www.energiestage.com

21.-24.10., Augsburg  
**IHE Holzenergie 2005**  
erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
redaktion@energie-server.de  
www.holz-energie.de

22.10., Stuttgart  
**Landschaftszerschneidung contra Lebensraumverbund**  
Seminar; Evang. Akademie Bad Boll, Anna-Maria Hähnchen  
Tel. 07164 / 79-225, Fax -5225  
anna-maria.haehnchen@ev-akademie-boll.de  
www.lnv-bw.de/ZK-Forum05.pdf

28.-30.10., Hannover  
**Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**  
Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer  
Tel. 07764 / 933999  
meyer@gemeinschaften.de  
www.gemeinschaften.de

28./29.10., Hamburg  
**Klima oder Entwicklung?**  
Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Heike Kern  
Tel. 040 / 428343-37, Fax -67  
kern@hwwa.de  
www.hwwa.de

**November**

1.11., Berlin  
**Chinas Wirtschaft wächst rasant - bleibt die Umwelt auf der Strecke?**  
Tagung; Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Eva Maria Herz-Michl, Wittenberg  
Tel. 03491-498847, Fax -400706  
herz-michl@kfh-wb.de  
www.forumue.de/forumaktuell/  
veranstaltungen/0000003d.html

2.-4.11., Bonn  
**5. Internationales Rheinsymposium: Fischwanderung, Fischaufstieg und Fischabstieg**  
Int. Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR), Koblenz  
Tel. 0261 / 94252-0, Fax -52  
anita.thome@iksr.de  
www.iksr.de

4./5.11., Fürstfeldbruck (Bayern)  
**RegioSolar-Konferenz**  
RegioSolar, Margit Freitag, Berlin  
Tel. 030 / 2977788-20, Fax -99  
info@regiosolar.de  
www.regiosolar.de

7.11., Neuhof bei Nürnberg  
**Wirtschaft in Bewegung**  
Tagung; Webarkaden Vertriebsbüro, Wiesloch  
Tel. 06222-4142, Fax -4147

mgrix@wirtschaftinbewegung.com  
www.wirtschaftinbewegung.com

14./15.11., Berlin  
**4. Handelsblatt-Jahrestagung Wasser- und Abwasserwirtschaft**  
EUROFORUM Deutschland GmbH, Daniela Molicki, Düsseldorf  
Tel. 0211 / 9686-3434, Fax -4040  
anmeldhb@euroforum.com  
http://vhb.handelsblatt.com/pr\_wasser

17.11., Wuppertal  
**Steigende Energiepreise - was tun? Energieeffizienz in Unternehmen - Optionen und Potenziale**  
Tagung; Technische Akademie Wuppertal, Jens Nordmann  
Tel. 0202 / 74952-51, Fax -28  
jens.nordmann@taw.de  
www.ea-nrw.de/\_infopool/  
info\_details.asp?InfolD=3387

17./18.11., Berlin  
**Nationale und europäische Anforderungen an Umweltbeiträge in der Verkehrsplanung**  
Tagung; Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA)  
Tel. 030 / 278715-0, Fax -55  
info@bdla.de  
www.bdla.de/verkehr

18.-20.11., Berlin  
**Moderner Lehm- und Ziegelbau 2005**  
Internationale Fachtagung und Messe; Umwelt- und Unternehmensberatung GmbH (Umbra), Peter Steingass  
Tel. 030 / 6162554-8, Fax -9  
info@lehmbauforum.com  
www.lehmbauforum.com

18.11.-20.11., Göttingen  
**Ein Netzwerk für botanischen Naturschutz - neue Herausforderungen für die Botaniker/innen Deutschlands**  
AG Geobotanik Mecklenburg-Vorpommern, Christian Berg  
Tel. 0381 / 4904111  
cberg@t-online.de  
www.geobotanikm-v.de

18./19.11., Berlin  
**Rudolf-Bahro-Symposium: Natur - Kultur - Mensch**  
Humboldt-Universität Berlin, Rudolf-Bahro-Archiv  
Tel. 030 / 20936127  
bahroarchiv@agr.ar.hu-berlin.de  
www.agrar.hu-berlin.de/wisola/  
bahro-archiv/symp\_einlad\_2005.htm

18./19.11., Lauingen (Bayern)  
**Gemeintut Wasser: Kommunale Solidarität im Ressourcenmanagement**  
Tagung; Bundesverband TuWas, München  
Tel. 089 / 599467-70, Fax -71  
info@tuwas.net  
www.tuwas.net

22./23.11., Bonn  
**Nachhaltigkeitsmanagement für Finanzdienstleister - regional und international**  
Tagung; Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen (VfU), Eva Kammerer-Kirch, Augsburg  
Tel. 0821-4540672, Fax -3436639  
kontakt@vfu.de  
www.vfu.de

24.11., Bremen  
**Raumplanung und Raumnutzung**  
Hearing; Aktionskonferenz Nordsee, Inse Ewen  
Tel. 0421-77675, Fax -78931  
inse.ewen@aknev.org  
www.aknev.org

24.11., Augsburg  
**Lichtverschmutzung muss nicht sein: Das Augsburger Modell**  
Workshop; Die Umwelt-Akademie, Weßling  
Tel. 08153-4751, Fax -4852  
info@die-umwelt-akademie.de  
www.die-umwelt-akademie.de/  
veranstaltungen

25.11., Potsdam  
**Benefizveranstaltung für die FREIE HEIDE**  
Grüne Liga, Norbert Wilke, Potsdam  
Tel. 0331 / 20155-20, -21, Fax -22  
potsdam@grueneliga.de  
www.grueneliga.de/bbgr

26.-30.11., Bonn  
**Weltversammlung für Erneuerbare Energien**  
Konferenz; World Council for Renewable Energy (WCRE)  
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279  
info@wcre.org  
www.wcre.org

## Dezember

1.12., Berlin  
**Fern-Sehen: Zukunftsthema Nachhaltigkeit?**  
Fachkonferenz; Rat für Nachhaltige Entwicklung

Tel. 030 / 254917-80, Fax -85  
info@nachhaltigkeitsrat.de  
www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/termine

8.-14.12., Wendelsheim bei Mainz  
**12. Ökodorf-Festival - Begegnung von Gemeinschaften und Interessierten**  
Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer  
Tel. 07764 / 933-999, Fax -388  
oekodorf@gemeinschaften.de  
www.gemeinschaften.de

18.-20.12., Butzbach/Taunus  
**Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**  
Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer  
Tel. 07764 / 933-999, Fax -388  
oekodorf@gemeinschaften.de  
www.gemeinschaften.de

## 2006

26.1., Bremen  
**Entwicklung eines Meeresschutzprogrammes**  
Symposium; Aktionskonferenz Nordsee, Inse Ewen, Bremen  
Tel. 0421-77675, Fax -78931  
inse.ewen@aknev.org  
www.aknev.org

10.-12.3., Böblingen  
**erneuerbare energien 2006**  
Messe, Kongress, Veranstaltungen; erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
redaktion@energie-server.de  
www.erneuerbareenergien.com

30.5.-2.6., Bonn  
**28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Vom lokalen Handeln und globaler Verantwortung - 100 Jahre staatlicher Naturschutz**  
Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen  
DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
helga.inden-heinrich@dnr.de  
www.bbn-online.de?id=43  
(db) ■

## Regelmäßige Umweltsendungen

### Feste Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Sende-Manuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) („TV + Radio“)

## TV-Vorschau

### „Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: [www.bio.de/kanal.php](http://www.bio.de/kanal.php)

### Vier-Wochen-Vorschau Natur

[www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur](http://www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur)  
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: [www.prisma-online.de/tv/suche.html](http://www.prisma-online.de/tv/suche.html)

## Fernsehsendungen

### Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme  
[www.terra-nova.tv](http://www.terra-nova.tv)

### ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF  
[www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html)

### Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)  
[www.rbb-online.de/ozon](http://www.rbb-online.de/ozon)

### Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland)

### Unkraut

Umweltsendung für junge Leute  
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut)

### service:natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk  
[www.hr-online.de/servicenatur](http://www.hr-online.de/servicenatur)

### Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)  
[www.sfdrs.ch](http://www.sfdrs.ch)

### Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder  
Sa, 10.55-11.20, ZDF  
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa)  
[www.tivi.de/loewenzahn](http://www.tivi.de/loewenzahn)

## Rundfunksendungen

### Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk  
[www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt)  
(„Archiv“)

### Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio  
[www.dradio.de/dlr/sendungen](http://www.dradio.de/dlr/sendungen)

### Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio  
[www.swr.de/contra](http://www.swr.de/contra)

### Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

### Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

### Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)  
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

### Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)  
[www.greenpeace-radio-stuttgart.de](http://www.greenpeace-radio-stuttgart.de)

### Graslöwen Radio

So 13.00-14.00 u. Mi 15.00-16.00, Radijoj!, Berlin 104,1  
Berlin/Brandenburg/Sachsen:  
Digitalradio DAB ([www.digitalradio-bb.de](http://www.digitalradio-bb.de))  
Internet (mit FlashPlugin 6):  
[www.radijoyo.de/projekte.html](http://www.radijoyo.de/projekte.html)  
[www.grasloewe.de](http://www.grasloewe.de)  
(mb, db) ■

## Umweltinformation und fachlicher Austausch für alle

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden rund 250.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

[www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe](http://www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe)  
[www.wikipedia.de/wiki/Portal\\_Umwelt](http://www.wikipedia.de/wiki/Portal_Umwelt)

### Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Ökojobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### „Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

[www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net)  
(mb) ■

## Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

### Editorial

- Barroso probt das Öko-Rollback

### Global

- Null Punkte für Entwicklung
- G8-Gipfel: Arme Länder bleiben arm

### EU-Politik, Recht

- Strategie für städtische Umwelt
- Luxemburgs Präsidentschaft bewertet
- „Zehn Grüne Prüfsteine“ für Briten
- EU-Aktionsplan zur Kommunikation
- Nachhaltige Strukturfonds?
- Umweltministerrat: Gentechnik-Importverbot, REACH-Aussprache
- Länder ignorieren Umweltintegration
- Forschungsrahmenprogramm: Kritik
- Umwelt contra Wettbewerbsfähigkeit
- EU ahndet Umweltrechts-Verstöße
- Netzwerke verhandeln Umweltrecht

### Abfall, Produktpolitik

- Bergbauabfall: Strengere Kontrollen
- EU zögert bei Bio-Müll-Richtlinie
- EMAS-Zertifizierung diskutiert

- Kein Plan für nachhaltigen Konsum
- Parlament: Öko-Technologien fördern
- Altbatterien-Richtlinie

### Agrarpolitik, Gentechnik

- Agrarministerrat: Zuckerreform und Masthähnchen
- Ungarn: Gegen Umwelt und Bauern
- Studie: Ökolandbau ökonomischer
- Gentechnik-Importverbote bleiben
- Mehr EU-Gentechnikforschung
- Bayer-Rückzug bei Gen-Raps
- Illegale Gentechnik-Kontamination online
- Label: Milch ohne Gentechnik

### Chemikalien, Emissionen

- REACH-Verfahren verschoben
- Phthalate-Verbot in Kinderspielzeug
- Norwegen prüft generelles Giftverbot
- Luftqualität ohne Grenzwerte?
- Bulgarien: Luftverpestung bedrohlich
- Emissionshandel für Schiffe
- Radioaktive Produkte untersucht

### Energie, Klima

- Der nukleare Rahmen der EU
- Kampagne: Nachhaltige Energie
- 25 % Erneuerbare bis 2020
- Grünbuch zur Energieeffizienz
- Letzter Emissionshandelsplan
- Emissionshandel auch für Flugzeuge

- G8-Gipfel: Aktionsplan unverbindlich
- US-australischer „Klimaschutzplan“

### Naturschutz, Biodiversität

- Wälder aus dem Schatten holen
- EU kritisiert illegale Holzimporte
- Parlament für Förderprogramm
- Globales Schutzgebiets-Netz

### Verkehr

- Mehr Luftverkehr: „Unverzichtbar“
- Experten: Schienennetzwerk stärken
- EU-Zugsteuerungssystem
- Konsultation zur Euro-5-Norm

### Wasser, Meere

- Konsultation zum Hochwasserschutz
- Weniger Grundwasserschutz
- Verkehrsprojekte gefährden Donau
- Meeresumweltschutz: Strategie fehlt
- Meeresverschmutzung wird bestraft
- Fischerei: Frankreich muss zahlen
- Studie: pH-Wert in Ozeanen sinkt
- Walfang-Moratorium bleibt bestehen

### Service

- Publikationen, Informationsquellen, EU-Umwelt-Termine, EU-Wegweiser, UN-Wegweiser

### Sonderheft

- Die EU-Umweltgesetzgebung

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb) („Bisherige Ausgaben“).

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de).

## Deutschland-Rundbrief im Internet

[www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefs. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Süd-politischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

### als Privatperson

- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

### für eine Organisation

- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

### als Förderabonnement

- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**  
Kontonummer:

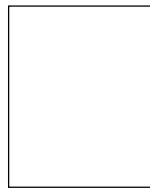
### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

Geldinstitut:  
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin